

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21, Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig, Telefon: 13 003. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Zellaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Kolonial- und zum Marokkovertrag zugegangen.

Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberale und Zentrum haben im Reichstag Anträge zum Marokkoabkommen eingebracht.

Die Nationalzeitung will bestimmt wissen, daß der Kronprinz seine Brüder und seine Mutter ausgerufen hat, gegen die Marokkopolitik Bethmanns beim Kaiser zu protestieren.

Die konservative Schlesiische Zeitung behauptet, daß ein Entwurf zur „Reform“ der Fahrkartensteuer im preussischen Ministerium bereit liegt.

Die Rebellion der Imperialisten.

Leipzig, 9. November.

Herr Bethmann-Hollweg findet sich nicht mehr zurecht in dieser Welt. Ihm geht es, wie dem Meister Anton in Hebbels Maria Magdalena, der den Bezweiflungsschrei ausstößt: Ich verstehe die Welt nicht mehr! Wie ein Mönch die Welt nur hinter seinen Klostermauern kennen lernt, so hat dieser trodene Bureaumensch die Welt nur durch die Gitterfenster seiner Aktienstube kennen gelernt. Alles ging da hübsch nach Paragraphen und vorgeschriebenen Kompetenzen, die „übergeordnete“ Behörde war allemal geschickter als die „nachgeordnete“, und der Wirkliche Geheime Oberregierungsrat verstand von allen Sachen stets sehr viel mehr, als der simple Regierungsrat. Das lag tief beschlossen in der göttlichen Weltordnung. Die ganze Welt stand unter der Disziplin der von Gott gegebenen Abhängigkeiten. Und nicht zum wenigsten der Reichstag! Wer ist denn überhaupt dieser Reichstag? — Lohnte es sich, auf ihn sonderliche Rücksichten zu nehmen? Hatte seine Mehrheit nicht stets jede Demütigung und Verhöhnung, die von oben kam, mit schweigender Demut hingenommen? Nicht in erster Linie diese elenden Nationalliberalen? Eine Verfassung, die eine Karikatur ist, die schon ein liberaler Parteiführer, Herr Miquel, vor 45 Jahren als die kurzlebige Verfassung eines Militärstaats gekennzeichnet hatte, sie ist noch heute die Verfassung des Deutschen Reichs und noch heute befindet sich der Reichstag in jener dienenden Aschenbrödel-Stellung, die ihm Bismarck einst anwies. „Den Kerls auch noch Diäten!“ hatte Wilhelm einst höhnisch ausgerufen, und „den Kerls auch noch Denkschriften!“ ruft jetzt Herr Bethmann aus. Und er bekam es in der Tat fertig, den Marokko- und Kongovertrag in seinem nackten Wortlaut, ohne jedes Wort der Erläuterung, ja sogar ohne Skizze über die Grenzveränderungen in Kamerun, den Reichstagsabgeordneten als „Denkschrift!“ anzubieten. Und er verlangte sogar, daß der Reichstag sofort von ihm eine zweiwöchige Rede über den Vertrag mit anhören solle, ohne auf sie zu erwidern. Die Antwort sollte am nächsten

Tage erfolgen. Selbstredend war auch diese „Denkschrift“ dem Reichstage nur „zur gefälligen Kenntnisnahme“ zugegangen, nicht etwa zur Beschlußfassung. Denn, so erklärten die bezahlten Juristen der Regierung, aus der Reichsverfassung geht hervor, daß der Reichstag über Gewinn und Verlust von Kolonialerwerbungen nichts mitzureden hat. Das macht die Regierung allein. Wer ist aber die Regierung? Bethmann und Ribbentrop-Wächter.

Das war denn doch dem Reichstage zu arg geworden. Zum erstenmal empfand er eine Zumutung der Regierung als eine Unverschämtheit und setzte sich zur Wehr. Die Nationalliberalen, die Freisinnigen, ja selbst das Zentrum muckten auf, und brachten Anträge ein, die so etwas wie das verfassungsmäßige Recht des Reichstags berückichtigen haben wollten. Für die heutige Sitzung des Reichstags haben die Liberalen beantragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, daß die Erwerbung und die Veräußerung von Schutzgebieten der Form der Reichsgesetzgebung bedürfen, die Fortschrittler beantragen ein Weisbuch vorzulegen über die Verhandlungen mit Frankreich, die deutsch-französischen Abkommen der Budgetkommission zu überweisen und einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das verfassungsmäßige Recht des Reichstags, bei Erwerb und Abtretung von Schutzgebieten mitzuwirken, klargestellt wird, und schließlich das Zentrum, das Schutzgebietgesetz in § 1 durch die Bestimmung zu ergänzen, die Grenzen eines jeden Schutzgebiets können nur durch Gesetz geändert werden. Daß die Anträge der Sozialdemokratie noch weiter gehen, ist selbstverständlich. Sie verlangt, die deutsch-französischen Abkommen zur verfassungsmäßigen Gültigkeit erforderlichen Genehmigungen vorzulegen, ein Weisbuch einzubringen, das die aus Anlaß der Abkommen mit fremden Mächten gewechselten Noten enthält und noch in dieser Session einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch Artikel 11 der Reichsverfassung dahin geändert wird, daß alle Verträge mit fremden Staaten zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstags erfordern.

Herr Bethmann-Hollweg reißt sich verwundert die Augen aus. Was ist denn aus dem deutschen Reichstage, dieser sonst so braven Hundeshütte, geworden? Auch er wird rebellisch? Haben nicht noch vor drei Jahren, bei der Debatte über das persönliche Reglement, gerade die Liberalen über die Sozialdemokratie gehöhnt, als diese ebenfalls verfassungsgemäße Garantien und das Entscheidungsrecht der Volksvertretung über Krieg und Frieden verlangten? Waren es damals nicht ein Dr. Jung, Leipzigs liberaler Vertreter, der sich besonders in albernem Späßchen gefiel und der Regierung die trefflichsten Dienste leistete? — Und jetzt schwächen diese Kerle ebenfalls über verfassungsmäßige Rechte und wollen auch etwas zu sagen haben! Der deutsche Reichstag will etwas zu sagen haben! Ich verstehe die Welt nicht mehr! — Meister Anton auf dem Reichstagskanzlerstuhl hat so unrecht nicht. Sein Pech ist nur, daß er die letzten Jahre der imperialistischen Entwicklung verschlafen hat. In dieser Zeit hat sich die Konzentration des Kapitals und der internationale Konkurrenzkampf der kapitalistischen

Klassen aller Länder so zugespitzt, haben gleichzeitig die herrschenden Klassen so sehr die Staatsgewalt in den Dienst ihrer materiellen Interessen gestellt, daß es mit der alibestiebten Manier des preussischen Absolutismus nur noch geht, wenn es gegen die Arbeiterklasse geht. Der Imperialismus hat mit der Illusion von der „über den Parteien schwebenden Staatsgewalt“ ein gründliches Ende gemacht. Staatsmacht ist nichts weiter, als die Macht der Kapitalistenklasse, der großen Banken, der kartellierten Großindustriellen usw. Alles andre ist Fausch. Und gerade an dieser Fausch hing das Herz Meister Antons. Er tat sich was darauf zugute, über den Parteien zu schweben, er wollte kein Diener einer parlamentarischen Mehrheit sein, sondern lediglich seiner gotteingegebenen „Leberzeugung“ folgen. Deshalb behandelte er den Reichstag als Kanaille, deshalb legte er ihm einen kümmerlichen Weis als „Denkschrift“ über den Marokkovertrag vor und ließ sich von einigen Professoren „bestätigen“, daß der Reichstag nichts an den Verträgen ändern dürfe. Ein Frauenzimmer und ein Professor ist für alles zu haben! Das war schon die Ansicht des Königs Georg von Hannover.

Herr Bethmann wird sich nicht mehr in die neue Zeit zu schicken wissen. Er versteht die Welt nicht mehr. Und was ihm als die Rebellion unbotmäßiger Parlamentarier erscheint, ist nichts andres, als der Ausdruck von der Zeiten Wandel. Die kapitalistische Klasse kann die imperialistische Politik nur treiben, wenn ihr die Staatsgewalt mit ihren Kanonen und Panzerschiffen restlos zur Verfügung steht, und wenn der Reichskanzler mit seinen Myrindonen tief durchdrungen ist von dem Gefühle, nur ein williges Werkzeug dieser imperialistischen Raubpolitik zu sein. Dazu gehört aber, daß er seine Politik den kapitalistischen Klassen zur Prüfung und Bewilligung vorlegt. — So werden die Debatten, die heute über die Marokkopolitik des deutschen Absolutismus entfesselt, eine sehr scharfe Kritik an diesem Absolutismus selber werden. Freilich nicht etwa eine Kritik im demokratischen, sondern umgekehrt im potenziert kapitalistischen, im imperialistischen Sinne. Mit „Demokratie“ haben die Verfassungsanträge der bürgerlichen Parteien nicht das mindeste zu tun. Sie sind vielmehr der Ausdruck dafür, daß die Bourgeoisie jetzt die Zeit für gekommen erachtet, offen die Diktatur ihrer Klasse zu proklamieren.

Deutlich wird zum Ausdruck kommen, daß die Zeiten vorbei sind, wo sich die Staatsgewalt als die neutrale, über den Klassen schwebende Macht aufspielte, die die Bourgeoisie ebenso im Zügel hält, wie das Proletariat. Je klarer diese Tatsache ans Licht tritt, um so besser für die politische Aufklärung. Es wird in Zukunft keine Staatsgewalt geben, die sich nicht offen als das politische Organ der Kapitalistenklasse bekennen muß. Damit klärt und verschärft sich der Klassenkampf ganz von selber, und je schamloser sich die Staatsgewalt in den Dienst der Kapitalistenklasse stellt, desto deutlicher tritt das Ziel des Klassenkampfes überhaupt hervor: Sturz des kapitalistischen Staates und Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

Feuilleton.

Patriarch Mahnke.

Roman von Ottomar Ecking

18] Nachdruck verboten.
Er bemerkte das. Er war ein einsamer Mensch, er verkehrte nicht in den Häusern, weil seine Art viele abstieß, und eine gute Partie war er auch nicht, daß ihm die Roggenstedter Mütter ihre Töchter gern gegeben hätten. So hatte er ein dankbares Gefühl dafür, daß Charlotte Anteil an ihm nahm. Aus der Dankbarkeit spannen sich kleine Fäden, die langten nach dem Mädchen hin, und Charlotte strich wohl so ganz eben darüber, dann war es, als träufelten sie sich leicht.
Es wurde ihm ein Bedürfnis, Charlotten zu sehen. Je häufiger er kam, desto heller sah sie aus, und das fleckte seine Fröhlichkeit an, und die Fröhlichkeit wurde zur frohen Sehnsucht, und er hatte das Empfinden, das der Mann immer hat, wenn er anfängt, ein Weib lieb zu gewinnen: daß er ein andrer, ein besserer Mensch wurde.
Das gab ihm ein Selbstbewußtsein, das verschieden war von der Mißachtung, die er sonst gegen die Leute hegte. Und endlich war es in ihm so weit, daß er bei sich davon redete: er sei Charlottens würdig. Er hatte früher derartiges nie gedacht, aber das neue Bewußtsein hob ihn und ließ zugleich Charlotten in einem Glanze vor ihm stehen, worin er sie vormem nicht gesehen hatte. Da nahm er einen raschen Anlauf zu ihr hin.

Der alte Mahnke war nicht zu Hause.
Hermann sah bei Charlotten unten in der Vorderstube. Elise machte die Täden zu und ging, denn ihr Kindlein weinte draußen.
Die beiden sprachen erst kein Wort. Alsdann begann er von der Landwirtschaft, allerhand gleichgültige Sachen. Ihr Ohr aber vernahm unter seiner Stimme einen Ton, der etwas andres sagen wollte. Sie ließ ihre Stimme, wenn sie ihm antwortete, leicht erzittern, daß sie diesen Unterton traf.
Auf dem Tische brannte die Lampe. Das Licht fiel milde auf ihr Angesicht. Sie hatte weiche Züge, und in ihren Augen flimmerte etwas, das ihn erregte.
Er begann und stockte zu Anfang:
„Fräulein Mahnke, was haben Sie eigentlich damals von mir gedacht, als ich das im Krug zu Ihnen sagte?“
Sie ließ eine kleine Pause vergehen und antwortete dann, indem sie mit der Tischdecke spielte:
„Da habe ich Sie wohl nicht verstanden, Herr von der Heide.“
„Nicht verstanden?“ rief er laut. Er stand auf, schritt schwer durch das Zimmer und murmelte:
„Es war deutlich genug!“
Charlotte schwieg. Er kämpfte mit sich, sah sie an, und ihr Anblick gab ihm wieder Kraft zu reden, denn er sehnte sich in dem Augenblick nach ihr:
„Nachher haben wir uns wenig gesehen. Ich hatte Sie wohl beleidigt, wie?“
Er stand vor ihr. Sie schüttelte den Kopf:
„Hat es Ihnen auch leid getan, daß wir uns selten sahen?“ fragte er eindringlich und blickte sie scharf an,

Sie lag zurückgebeugt im Stuhl. Ihre Gestalt erschien ihm blühend. Die leichte Röte auf ihren Wangen war ihm verheißungsvoll.
„Leid getan? Ich möchte gern, wenn Sie kamen,“ erwiderte Charlotte und senkte den Blick.
Er ging wieder auf und ab.
„Fräulein Mahnke, es ist mir eigentümlich mit Ihnen gegangen. Ich habe mir schon ein paar Körbe hier im Roggenstedt geholt. Die Mädchen hätten mich am Ende genommen, aber die Onkel und Tantens stellten mich als Vogelscheuche hin, und dann sagten Papa und Mama: nein. Und sie hatten früher auch ganz recht. Ich muß mich dann und wann austoben. Ich bin so allein, und wenn ich in die Stadt komme, stehe ich im Augenblick in der Kneipe. Erst trinken die Philister mit, und am andern Tag machen sie mich schlecht. Vad! Das weiß ich alles. Aber das kann ich Ihnen sagen, wenn ich die richtige Frau kriege, wird das alles anders. Und an Sie, Fräulein Mahnke, muß ich immer denken, seitdem wir uns damals vor dem Lübecker Tor begegneten. Sie wissen ja. Von dem Augenblick an ist mir, ob es zwischen uns etwas gibt, daß wir zusammen gehören. Alle die Wochen bin ich es nicht los geworden. Und Sie?“
Blösig blieb er wieder vor ihr stehen.
„Sagen Sie mir das, Fräulein Mahnke, ich will Ihnen wahrhaftig nicht zu nahe treten, aber ich will jetzt wissen, woran ich bin. Ich halts nicht mehr aus. Wie denken Sie von mir?“
„Ich glaube, daß Sie ein guter, ehrlicher Mensch sind, Herr von der Heide.“
„Ja, bin ich. Vielleicht viel anständiger, als alle die Reisetretter, die immer nach den Fenstern herüberhüpfeln,

Der Parteitag der Statutenrevision.

Der am 1. und 2. November abgehaltene außerordentliche Kongress der französischen geeinigten Partei hat sich nur mit der Revision des Parteistatuts beschäftigt. Einräumende Änderungen der Organisation sind hierbei nicht getroffen worden. Ein großer Teil der Diskussion drehte sich um Detailfragen und um Fragen der Geschäftsordnung, und nur bei der Diskussion der Stellung der Deputierten in den Vertretungsgremien der Partei kam es zu einer bedeutenden Debatte.

Der Kongress war gut besucht. Von 84 Föderationen waren 78 vertreten, die über 208 Mandate verfügten. Unvertreten waren nur ganz kleine Föderationen.

Die Debatte über die Zulassung der Deputierten in die Verwaltungskommission eröffnete Genosse Roland. Er sagte dar, daß die Funktion der Kommission nur durch die Praxis, aber durch keinen präzisen Text bestimmt werde. Der Parteitag genüge nicht, um die Partei zu leiten, der Nationalrat, der immer nur einen Tag beisammenbleibe, sei auf eine administrative Tätigkeit beschränkt. So sei es gekommen, daß sich eine verborgene Parteileitung entwickelt habe — in der Fraktion und der Presse. Wir wollen nicht, daß die Deputierten einen Organismus außerhalb der Partei bilden. Sie gehören in sie hinein. Es ist wahr, daß seinerzeit bei der Einigung der Partei die Allemanisten die Fernhaltung der Deputierten von der Parteiverwaltung zugesichert wurde. Aber seither haben viele Angehörige dieser Richtung ihre Ansicht geändert. Wir brauchen einen Zentralorganismus mit Autorität und Verantwortlichkeit.

Ducos de la Halle, der für den Status quo spricht, wendet sich gegen Rolands Auffassung, daß die Partei krank sei. Seit der Einigung ist sie von 30 000 auf 70 000 Mitglieder gestiegen. Wenn die Schwäche der Partei komme nicht vom Fehlen einer Zentralleitung, sondern vom Weiterbestand der alten Fraktionen in der Form der „Tendenzen“, die einander zu majorisieren suchen.

Vallant: Man sagt, die Partei werde nicht geleitet. Aber dies ist eben ihr Verdienst, daß sie sich selbst leitet. Behandeln wir nicht gleich einer Akademie die Fragen Föderalismus und Zentralismus! Ich selbst war seinerzeit für die Zulassung der Deputierten in die Verwaltungskommission. Die Frage wird vielleicht bald einer einmütigen Lösung fähig sein. Aber in diesem Augenblick fordert es die Rücksicht auf die Parteieinheit, die gegenüber den Allemanisten eingegangene Verpflichtung zu erfüllen. Die Partei wird so lange nicht lebendig sein, als die „Tendenzen“ fortbestehen. Wenn wir nicht mehr leisten konnten, so ist nicht die Verwaltungskommission, sondern die Partei selbst daran schuld. In jeder sozialistischen Organisation hängt die Kraft der Aktion vom Kontakt zwischen den führenden Genossen und der Masse ab. Dies zeigt uns auch das deutsche Beispiel. Auch der deutsche Parteivorstand ist nur eine Verwaltungskommission, und in Jena sind gegen ihn die gleichen Kritiken ausgesprochen worden, wie hier gegen unsere Kommission. Man findet den Nationalrat überflüssig, aber Kautsky hat ihn in der Neuen Zeit den deutschen Genossen als empfehlenswerte Institution hingestellt.

Das Gegenprojekt Braemer, das die Aufhebung des Nationalrats, die Verstärkung der Autorität der Verwaltungskommission und die Abhaltung von zwei Parteitagen im Jahre vorseht, wird mit 212 gegen 110 Stimmen abgelehnt.

In der weiterdauernden Diskussion über die Spezialfrage des Eintritts der Deputierten in die Verwaltungskommission verweist Lebus auf die ausländischen Bruderparteien. Bebel, Adler, Juleffas usw. sitzen in den Parteivorständen. Wenn wir einem Genossen das Vertrauen entgegenbringen, ihn ins Parlament zu wählen, sollen wir nicht das Vertrauen zu ihm haben, ihn in die Verwaltung der Partei zu berufen?

Renandel findet den bisherigen Zustand vollständig logisch. Auf dem Kongress, der der letzten Organismus der Partei ist, gibt es keinen Unterschied zwischen den Genossen. Der Nationalrat aber hat eine praktische Funktion. Er hat die Beschlüsse der Parteitage auszuführen, darum sind die Körperschaften, die sie in verantwortlicher Tätigkeit täglich anzuwenden haben, in ihm als Kollektivitäten vertreten.

Brack: Gerade diejenigen, die sich über die „Tendenzen“ beklagen, machen sie hier lebendig, indem sie uns die von den Allemanisten gestellte Bedingung entgegenhalten. Die Partei Socialiste de France hat damals der Einigkeit seine Opposition gegen die Kollektivvertretung der Fraktion zum Opfer gebracht. Heute beraubt man die Partei der Dienste derjenigen, die ihre wichtigsten gesicherten haben; man legt sie abseits und — muß sie doch suchen, wenn man ein Manifest ausgeben will. Auch ich will keine Deputiertenherrschaft. Aber ebendarum will ich einen Zustand abschaffen, der die Partei von Deputierten ins Schlepptau nehmen läßt, womit vielleicht viele Deputierte zufrieden sind.

Dormoy befürchtet, daß die Deputierten im Nationalrat und besonders in der Administrationskommission eine herrschende Stellung erlangen werden.

Jaurès war bei der Gründung der geeinigten Partei für die Zulassung der Deputierten. Aber er hält sich durch die gegenüber den Allemanisten eingegangene Verpflichtung für gebunden. Wenn diese Gruppe als Organismus nicht mehr besteht, so besteht doch ihre Denkweise weiter fort. Wenn es möglich wäre, die Zahl der Deputierten in der Verwaltungskommission zu beschränken, so nicht im Nationalrat, wozu jede Föderation ihren Delegierten unabhängig entsendet. Auch ist die Arbeit im französischen Parlament viel aufreibender als im Deutschen Reichstag.

ob da auch jemand sitzt, der sie sieht, wenn sie ein Glas Bier trinken wollen. Aber mit der Güte und Ehrlichkeit ist es noch nicht getan. Haben Sie sonst noch etwas für mich übrig?

Charlotte erhob den Kopf:

„Gewiß.“

„Ja!“ brach er aus, „Charlotte, ja?“

Er strakte ihr die Hand hin. Sie gab ihm die ihre zögernd.

„Haben Sie an mich gedacht, Charlotte?“

„Manchmal.“

Aber als sie das Wort sprach, kam sie sich geizert vor und schämte sich, denn sie wollte keine zimperliche, alte Jungfer sein, und deshalb setzte sie gleich hinzu:

„Dft.“

Er zog sie an der Hand empor. Sie gab sich der Willenlosigkeit hin, das bereitete ihr Wohlgefühl. Er stand noch immer zagend vor ihr und atmete stark. Er wagte nicht, sie zu berühren, so heftig er es begehrte.

„Fräulein Charlotte,“ fing er von neuem und unterwürdig an, „wäre es möglich?“

Sie sagte nichts. Einen Augenblick durchblühte sie der Gedanke, daß sie zu ihm sprechen müsse; ich bin gewiß zu alt für Sie, und was wird Vater sagen? doch das drängte sie rasch zurück. Jetzt war es gekommen, das füllte sie, wo sie mit allen Seelenkräften jung und stark sein mußte.

So beugte sie nur eben und eben das Haupt nach vorn. Das konnte ein Nicken sein. Er nahm es dafür, schlang seinen Arm um sie und küßte sie. Sie preßte sich innig an ihn.

Auf die Art kamen zwei Menschen zueinander. Die nannten das Liebe, was sie für einander empfanden.

(Fortsetzung folgt.)

ten, so daß es den Deputierten unmöglich wäre, allen Sitzungen der Kommission beizuwohnen, was die Bedeutung der dort gefaßten Beschlüsse schwächen würde.

Guesde glaubt nicht, daß die parlamentarische Arbeit die erste Sorge der Deputierten sei. Die Hauptsache ist die Arbeit in der Partei, auch für die Deputierten. Was in den Räumlichkeiten der Bourgeoisie, als welche sich das Parlament darstellt, vorgeht, ist nicht so wichtig zu nehmen. Nicht dort haben wir unsere Kräfte aufzubringen. Wir schulden sie ganz und vor allem der Partei. Das Parlament ist nur eine Tribüne, die Partei ist das Proletariat in Aktion. Nicht das Parlament, sondern die Partei ist das Element der sozialen Umgestaltung. Was uns in den Augen des Proletariats schadet, ist fast dieses, daß wir uns zu sehr parlamentarisiert haben und daß unsere Fraktion mit den Vertretungsgremien der Partei als Macht zu Recht verhandelt. Geben Sie acht, daß wir mit dieser Hebung nicht dahin kommen, daß wir 150 Deputierte haben, hinter denen 2 Millionen Wähler stehen und die, durch diese Masse getrieben, sich über die 70 000 Mitglieder der Partei hinwegsetzen, um sich in den Couloirs der Minister zu verlieren. Geben Sie acht und halten Sie die Deputierten fest, damit sie immer mit und in der Partei sind! Halten Sie sie zu den gleichen Arbeiten an wie die anderen Genossen! Und lassen Sie sie ihre gefährliche und lächerliche Stellung als privilegierte Parasiten verlassen! (Beifall.)

Der Antrag der Nordföderation wird mit 160 gegen 163 Stimmen abgelehnt, bei 28 Enthaltungen.

In der weiteren Verhandlung wurde die Frage der landmannschaftlichen Gruppen erörtert, die in Paris und einigen andern Großstädten, andere, nicht an die lokale Föderation angegliederte Sektionen bilden. Es wurde beschlossen, diese Gruppen nur in der Seine-Föderation mit Autorisation des Nationalrats weiterbestehen zu lassen. Doch haben sie ihre Mitglieder der Seine-Föderation zu übermitteln und unterstehen in ihrer Aktion der Kontrolle dieser Föderation. Nach zwei Jahren sind die Mitglieder, wozu sie in ihrer Heimat-Föderation nicht Wähler geblieben sind, in die Listen der Seine-Föderation zu übersetzen.

Die Pflicht der Mitglieder, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation anzugehören, wurde bestätigt. Der Antrag, den Ausdruck „Pflicht“ durch „Zwang“ zu ersetzen, wurde mit der Erklärung des Berichterstatters abgelehnt, daß die „Pflicht“ im Sinne des Zwangs aufgefaßt werde. Auch wurde als selbstverständlich erklärt, daß unter der Gewerkschaft und Genossenschaft die an die betreffenden Konföderationen angeschlossenen Organisationen zu verstehen seien.

Der italienisch-türkische Krieg.

Vom Kriegsschauplatz in Tripolis liegen nur spärliche Nachrichten vor. Nach den italienischen Berichten „herrscht in der Stadt Ruhe“, aber gleichzeitig werden Befehle gemeldet; nach den türkischen Berichten werden die Italiener fortwährend mehr eingeeignet. Wie unzuverlässig jedoch die Nachrichten von beiden Seiten sind, zeigt sich daraus, daß die Einnahme von Derna, die offiziell von türkischer Seite bekanntgegeben wurde, sich als falsch erweist. Es scheint also, daß auf dem Kriegsschauplatz vorläufig noch keine entscheidenden Schlagen erfolgt sind, denn auch die Türken verbreiten keine neuen Meldungen über den Sturm auf Tripolis.

Chios und Mytilene von den Italienern genommen?

Von großer Wichtigkeit ist folgende Meldung:

Konstantinopel, 6. November. Nach hier umlaufenden Gerüchten soll Chios und Mytilene gestern von den Italienern besetzt worden sein.

Das würde bedeuten, daß es mit der „Isolierung“ des Krieges nicht mehr ist, daß die italienische Flotte ihre Raubzüge gegen die türkischen Inseln richtet.

Arabische Häuptlinge als Verräter.

Die italienische Agenzia Stefani weiß zu melden: In Ladurah haben die Türken einige arabische Häuptlinge gefangen, welche die Unterwerfung unter die Italiener gepredigt hatten. Auch die Rundschafter der Italiener, die ergriffen werden, werden gefangen. Die Leichname bleiben zur Schau hängen, nachdem man ihnen das Erkennungszeichen, das die Rundschafter vom italienischen Kommandanten erhalten, und das ihnen ungehinderten Durchgang durch die italienischen Linien gewährt, am Arm befestigt hat.

Der Verrat spielt jedenfalls bei diesem barbarischen Feldzug eine enorme Rolle. In Konstantinopel geht das Gerücht, daß die Italiener schon vor dem Ueberfall viele arabische Häuptlinge besessen haben, damit sie die italienische Herrschaft anerkennen. Sie haben sich indessen dabei fast verrecknet, da diese Häuptlinge durchaus nicht über ihre „Untertanen“ zu verfügen haben, sondern den Verrat nur auf eigene Faust betreiben und von ihren eignen Stammesgenossen bekämpft werden.

Der Boykott gegen die Italiener.

Salonik, 8. November. Das Boykottkomitee veröffentlicht einen Aufruf, in dem es gegen jene italienischen Staatsangehörigen Stellung nimmt, die jetzt Fremdenzuzug genießen und ungehindert ihren Geschäften nachgehen. In dem Aufruf wird die Bevölkerung aufgefordert, diese Geschäfte zu boykottieren. Das Komitee beginnt mit der Veröffentlichung der Liste der betr. Firmen, die fast ausschließlich Spaniolen gehören.

Ein Gelehrter als Opfer der italienischen Soldateska.

Rosin, 8. November. Der Afrikaforscher Gottlob Adolf Krause, der sich insbesondere mit dem Studium der Regersprachen beschäftigt, telegraphiert der Kölnischen Zeitung aus Tcherba vom 8. d. M.: Mein Haus in Tripolis ist, während ich abwesend war, von Italienern gewaltsam erbrochen und alle wissenschaftlichen Manuskripte und Bücher, 30 000 Verzeichnisse beschrieben, druckfertige Manuskripte, Grammatiken und Wörterbücher bisher unbekannter zentralafrikanischer Sprachen wurden chaotisch durcheinandergeworfen oder fortgeschleppt. In der Nähe von Derna lag auf der Straße Karl Reinhold, Grundbesitzer der Pautschre der Vantusprache, der wissenschaftliche Zusätze, das Ergebnis jahrelanger Reisen und Forschungen in Zentralafrika, enthielt. Was vernichtet, beschädigt oder fortgeschleppt ist, ist unmöglich augenblicklich festzustellen. Ich besaß die größte existierende Sammlung von Hausa-Manuskripten und wertvolle arabische Manuskripte aus Zentralafrika. Bisher habe ich keine Spur davon gesehen. Es ist mir unbekannt, ob sie verschwinden sind. Das Haus in der Vorstadt Dahara liegt außerhalb jeder augenblicklichen kriegerischen Aktion.

Protest der türkischen Regierung gegen die Annexionsnote.

Konstantinopel, 8. November. In der an die Großmächte gerichteten Protestnote gegen die Annexion von Tripolis erklärt die Pforte, sie betrachte die Annexion als null und nichtig und ohne jede Bedeutung sowohl vom Standpunkt des Rechts als von dem der tatsächlichen Verhältnisse, weil sie den elementarsten Grundsätzen des Völkerrechts zuwiderlaufe. Die Türkei und Italien befänden sich noch in vollem Kriegszustand. Die Pforte verweigere, ihre unverwundbaren und unveräußerlichen Souveränitätsrechte über die beiden Provinzen mit den Waffen zu verhandeln und zu verteidigen. Die Mittelung Italiens an die Mächte über die Annexion bedeute eine doppelte formelle Verletzung der von Italien gegenüber den Mächten und namentlich der Pforte auf Grund von Verträgen, insbesondere des Pariser und des Berliner Vertrags, eingegangenen Verpflichtung bezüglich der territorialen Integrität der Türkei.

Die Revolution in China.

Londoner Korrespondenten wollen wissen, daß innerhalb der Hofpartei Uneinigkeit herrscht, daß ein Teil dieser Partei die Zugeständnisse, die den Reformern gemacht wurden, nicht anerkennt und auf die Beseitigung des Regenten dringt. Dieser Teil will den Krieg gegen die Chinesen zur Aufrechterhaltung der Mandchuherrschaft mit allen Mitteln führen. Dagegen sei der andre Teil der Partei dafür, daß man retten müsse, was zu retten sei. Daraus erklärt sich auch das Gerücht, wonach General Wu (Wu Lu Tscheng) ermordet sein soll, auf einen Befehl vom Hofe zurückzuführen sei. Wu war ein Anhänger der Versöhnungspolitik und soll daher beseitigt worden sein. Die Folge ist, daß nun in der Nordarmee, die zum überwiegenden Teil aus Mandchuleuten, aber zum Teil auch aus Chinesen besteht, wütende Kämpfe entbrannt sind.

Der Hof auf der Flucht.

London, 8. November. Das Reutersche Bureau meldet aus Peking: In der vergangenen Nacht haben ungefähr hundert Wagen Peking verlassen, um Scheshai zu erreichen. Heute morgen sind zweihundert berittene Mandshus in der gleichen Richtung aufbrochen. Die Chinesen vermuten, daß es sich um eine vorausgeschickte Abteilung handelt, die den Weg für die Flucht des Hofes vorbereiten soll.

Wie es scheint, geht also die Reise nach der Mandchurei, wo Vorbereitungen getroffen werden, indem man die Reste der Mandshutruppen dorthin dirigiert.

Mutben, 8. November. Die chinesische Polizei ist durch Mandshus ersetzt worden. Die neuen Truppen wurden aus der Stadt entfernt und die Bewachung der Stadt wurde einer Mandshuabteilung von 5000 Mann übertragen. Aus dem Süden treffen in Massen Flüchtlinge ein, von denen die meisten nach Norden weiterziehen.

Im Jangtsegebiet

machen dagegen die Revolutionäre beständige Fortschritte.

Hongkong, 8. November. Die Aufständischen griffen die Station Wungtungong der chinesischen Sektion der Kanton-Kaulun-Bahn an und beschlagnahmten dort lagernde Vorräte von Waffen und Munition. Ebenso wurden die Stationen Seilong, Foku und Santshun angegriffen und das Zollgebäude in Santshun zerstört. Den Fremden wurde kein Schaden zugefügt.

Hus der Partei.

Darf der Ausschuß aus der Partei veröffentlicht werden? Auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins Augsburg wurde seinerzeit durch einstimmigen Beschluß des Gauvorstandes für Südbayern der Freireue Rebele aus der Partei ausgeschlossen. Dieser Ausschuß, der durch alle Parteistandarten bestätigt worden ist, wurde unter Angabe der zum Ausschuß führenden Gründe in der Schwäbischen Volkszeitung, dem Parteiorgan für Augsburg bekanntgegeben. Gegen diese Bekanntgabe wandte sich nun Rebele und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen, Simon, Strafantrag wegen Verleumdung und Geschäftsbeschädigung. In der vor dem Schöffengericht Augsburg durchgeführten Verhandlung wurde nun der Beklagte freigesprochen, nachdem ihm das Gericht den Schutz des § 193 — Wahrung berechtigter Interessen — zugesprochen hatte. Rebele, gegen den wegen beschuldigter Verleumdung Widerklage erhoben worden war, wurde zu drei Mark Strafe und Tragung der sämtlichen Kosten verurteilt.

Ein neues französisches Parteiblatt. In Marseille erscheint seit dem 1. November ein neues Parteiblatt unter dem Titel La Provence.

Eingelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 6. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Ein neuer Fall Armin? — Jean Baptiste v. Schmelzer. Eine Entgegnung von H. Bebel. — Die braunfingrigen Landtagswahlen. Von Richard Wagner. — Die Landtagswahlen und das Großbloderexperiment in Elßaß-Lothringen. Von Joan Martin (Mühlhausen i. Elßaß). — Das englische Parteiensystem und die Arbeiterpartei. Von J. Sochse (London). (Schluß). — Literarische Rundschau: Max Bernborn, Die Erforschung des Lebens. Von Lipschitz. — Zeitschriftenchau. Von G. E.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 2.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Soziale Rundschau.

Schutz den Zellulosearbeitern.

Die Vorstände der Verbände der Holzarbeiter, Fabrikarbeiter und Buchbinder hatten im Vorjahre eine gemeinsame Petition an den Reichstag gerichtet; in dieser wurde um Erlass einer Bundesratsverordnung ersucht, um die in der Zelluloseindustrie beschäftigten Arbeiter gegen die in jener Industrie besonders bestehende Brandgefahr zu schützen. In der Petitionskommission wurde die Sache am Anfang dieses Jahres behandelt und beschlossen, die Petition, soweit sie eine Bundesratsverordnung verlangt, dem Reichstagskanzler zur Berücksichtigung zu empfehlen, die übrigen Punkte aber dem Reichstagskanzler als Material zu überweisen.

Die Unternehmer der Zelluloseindustrie hatten eine Gegenpetition an den Reichstag gerichtet. Diese wurde ebenfalls dem Reichstagskanzler, aber als Material, überwiesen. Die kolossale Feuergefährlichkeit der Zellulosebetriebe ist gerade in letzter Zeit bei Brandkatastrophen in diesen Fabriken bekannt geworden, so daß hier weitgehende Arbeiterschutzbestimmungen absolut notwendig sind.

Kronenklassenvertreterwahl.

Glänzend abgeschlossen wurde bei den am Montag, 6. Nov., vollzogenen Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Ortskronenklasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg der Angriff, den die koalitierten bürgerlichen Gewerkschaftenvereine gegen die von ihnen grimmig gehätselte bisherige sozialdemokratische Mehrheit unternommen hatte. Die bürgerliche Liste erhielt 2418, die sozialdemokratische 6618 Stimmen. Von den Bürgerlichen war in der gemeinsamen Weise gehandelt und kein Mittel der Agitation verschmäht worden. Und nun als Ergebnis doch dieser Reinfall.

Bei der Gewerkschaftswahl in Mordlingen wurde die Liste der freien Gewerkschaften glatt gewählt. Die katholischen und evangelischen Vereine, die erst großmächtige Sprünge machten, konnten nicht einmal eine Gegenliste zusammendrängen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die amerikanischen Schmiede gegen die Civic Federation.

Die Vergarbeiter und Mechaniker, haben sich nunmehr auch die Schmiede mit aller Deutlichkeit gegen die National Civic Federation erklärt, jene Vereinigung, die die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit anstrebt, und zu deren Beamten Präsident Gompers der Federation of Labor und andre Gewerkschaftsführer gehören. Auf dem Jahreskonvent der Schmiede, der gegenwärtig in Atlanta tagt, wurde eine Resolution angenommen, die das angebliche Ziel der Civic Federation als Schwindel bezeichnet und den Mitgliedern des Verbandes die Zugehörigkeit zur Civic Federation verbietet.

Leipzig und Umgebung.

Zum Streit der Lithographen und Steinbrucker.

Der Schutzverband deutscher Steinbruckerbestitzer sucht bei jeder Gelegenheit die Arbeiter des Bruchs gegenseitiger Abmachungen zu beschuldigen. Wir konnten schon oft nachweisen, daß sich aber gerade die Unternehmer um Abmachungen mit den Gehilfen, wenn es ihr Interesse erforderte, nicht im geringsten kümmern. Ein neues Beispiel beweist dies wiederum: Die Firma C. G. Röder in Leipzig suchte durch ein Inserat in den P. N. einen Umbrucker, Lichtveränderer, für die Titelbruckerabteilung (Notendruck). Da nun in Leipzig zwischen den Notendruckern und den Notendruckergehilfen eine Tarifgemeinschaft besteht, so wendete sich die Leitung des Gehilfenverbandes an den Kommerzienrat Reichel, den Vorsitzenden der Tarifkommission der Prinzipale, zugleich aber auch Chef der Firma C. G. Röder, um Aufklärung; den es versteht sich direkt gegen den Tarifgebeten, wenn eine der beiden vertragsschließenden Parteien die andere durch derartige Inserate demonstrativ anzuschalten versucht. Der Vorsitzende der Tarifkommission und Chef der Firma C. G. Röder antwortete nun folgendermaßen:

Wir teilen Ihnen mit, daß das Suchen eines Nichtverbändlers in der Zeitung mit vollster Absicht geschehen ist, da wir in der Titelbruckerlei nur an vorübergehender Arbeit für einen Mann zu tun haben und er dann von der Lichtdruckerlei als Umbrucker übernommen werden soll. Da wir nun nicht wissen, wie lange der Streit anhalten wird, so suchen wir von vornherein einen Nichtverbändler zu bekommen.

Die Firma sucht also einen Hausverleiher für die Lichtbruckerabteilung, denn hier streifen die Umbrucker — wie die Steinbrucker überhaupt; sie benutzt dazu die Titelbruckerabteilung als Uebergangsstation, in der nicht gestreift wird, weil ein Tarifverhältnis besteht und so leichter Kräfte herangezogen werden können, die als Hausverleiher für die Steinbrucker benutzt werden sollen, wenn sie Nichtverbändler sind.

Die mit den Gehilfen abgeschlossene Tarifgemeinschaft aber ist der Firma kein Grund, ihre Maßnahmen irgendwie danach einzurichten. Die Tarifabmachungen haben nur die Arbeiter einzuhalten, nach Ansicht der Unternehmer; wenn es nun aber den Arbeitern einfallen sollte, Gegenmaßnahmen zu treffen, dann ist die ganze Schärferpresse.

Die „Arbeitswilligen“ erfreuen sich natürlich der höchsten Gunst und Freundschaft der Unternehmer, so führte z. B. der Inhaber der Firma Würger u. Dittke seine „nützlichen Elemente“ in den Thüringer Hof und speiste mit ihnen dort zu Abend. — Sonntags müssen die Herrn „Ober“ und Streikbrecher arbeiten — das versteht sich von selbst in der Zeit der Unternehmerbedrängnis. Gesetze sind dann für die Unternehmer nicht vorhanden. Werden sie aber von den Beamten dabei überrascht, so ist es für die Streikposten ergötzlich zu beobachten, wie da der Spruch gilt: „Reite, ich mer kann!“. So mußte der „Arbeitswillige“ Steinbrucker Metzsch bei Pflaun u. Co. am Reformationstage sogar über die Platte klettern, damit er sich vor dem Auge des Gesetzes verbergen konnte. Das ist der Krieg! würde der treffliche Schutzverbandsdoktor dabei ausrufen.

Verband der Lithographen, Steinbrucker und verw. Berufe.
Ortsverwaltung Leipzig.

Die Raube des Unternehmers.

Der Maschinenmeister M., der in der Buchdruckerlei von E. v. S. auf der Banerischen Straße arbeitete, war mit seinem Prinzipal in Vohndifferenzen geraten und hatte sein Recht beim Tarifschiedsgericht gesucht, das seine Ansprüche als berechtigt anerkannte. Der 19jährige Sohn des Buchdruckerbestitzers H. hatte zuvor dem M. gedroht: „Sie suchen sich Ihr Recht beim Tarifschiedsgericht, ich suche mir mein Recht bei der Staatsanwaltschaft.“ Trotzdem hat sich M. nicht abhalten lassen, das Tarifschiedsgericht in Anspruch zu nehmen. Der unterlegene Prinzipal ging nun zum Staatsanwalt und denunzierte den Maschinenmeister wegen Diebstahls. Der Maschinenmeister soll sich des Diebstahls dadurch schuldig gemacht haben, daß er anstatt eines Ausschgebogens des Romans: In der Mariengasse deren zwei zurückbehielt, in der Absicht, sich die Bücher binden zu lassen. Ferner soll M. ein Exemplar der Gesundheitswacht, das er zum Formatmachen erhalten hatte, für 15 Pfg. an einen Markthelfer verkauft haben. Nach dem Zeugnis der früheren Angelerin Frau Kräfte hat M. angezweifelt, zwei Ausschgebogen zurückzugeben, er wolle sich den Roman binden lassen. M. habe die Bogen auf dem Brett über der Garderobe unter einer Stadtsahrmühle versteckt. Der Angeklagte erklärte jedoch, es sei ihm vom Faktor die Anweisung gegeben worden, zwei Bogen zurückzugeben. Der vernoimmene Faktor Günther konnte nicht genau angeben, ob er ein oder zwei Bogen gefügt habe. Der Buchbinder Petrich erklärte, daß der Angeklagte einmal zu ihm gekommen sei, um sich ein Buch binden zu lassen, das habe er aber abgelehnt. Der Angeklagte habe auch wegen des Umtriebs gemessen, damit er ihn brauen könne. Was den Verkauf der Gesundheitswacht anbelange, so behauptete der Angeklagte, die 15 Pfg. habe er für eine dem Markthelfer erwiesene Gefälligkeit erhalten. Das Geld, das im Buchhandel überhaupt nur 15 Pfg. kostet, sei durch das herumhandieren schmutzig und dadurch für den Prinzipal gänzlich wertlos geworden. Auch der Sachverständige, Buchdruckerbestitzer Th. L. erklärt, daß solche Sachen wertlos sind, höchstens könne die Konturierung daraus Nutzen schöpfen, wenn sie aus dem Betriebe herauskommen. Das Schöffengericht hatte M. wegen Diebstahls seinerzeit zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt, wogegen M. Berufung eingelegt hatte. Das Landgericht wies die Berufung zurück und ließ es bei der Strafe.

Aus Anlaß dieses Falles ist wiederum dringend anzuraten, anscheinend wertlose Gegenstände ohne Erlaubnis sich nicht anzueignen, denn viele der Herren Unternehmer lieben es, ihre früheren Arbeiter, die in Unfrieden geschieden sind, wegen Diebstahls auf die Anklagebank zu bringen.

Kohnbewegung der Gasarbeiter Leipzigs.

Gestern Abend tagten in überfüllter Versammlung im Tivoli die städtischen Gasarbeiter, um zu ihrem Antrag auf Einführung von Wochenlöhnen Stellung zu nehmen. Die Versammlung beschloß, bis höchstens 1. Dezember d. J. warten zu wollen. Eine Kommission aus 4 Mann wurde beauftragt, dieses Ergebnis dem Delegierten des Ressorts, Herrn Stadtrat Trautmann, mitzuteilen und seine Entscheidung dazu entgegenzunehmen. Am Freitag soll die Kommission über den Ausgang der Unterredung Bericht erstatten.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Kittale Leipzig.

Achtung, Arbeiter! Zum Fleischhermeister Knüpfer, R. o. h. s. t. a. h. e. '01, kamen am Sonntag zwei organisierte Fleischergesellen, um mit dem dort beschäftigten Kollegen nach Beendigung der Arbeitszeit zu sprechen. Auf die Anfrage der beiden, ob sie einmal den Gesellen sprechen könnten, wurde der Herr im höchsten Grade ausfällig und erklärte, die Arbeiter seien Strohhalm, Expresse und Haberlumpen, die nur pumpen und betteln. Diese Arbeiterfeindschaft zeigt, daß der Herr keinen Wert auf Arbeiterfreundschaft legt. Nun, die „Strohalm“ usw. werden den Herrn nicht mit ihren Groschen belästigen, soweit Selbstachtung haben diese „Haberlumpen“ noch Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Leipzig.

Deutsches Reich.

Eine gewerkschaftliche Belastungsprobe.

Die Demokratenführer des Bundes der technisch-industriellen Beamten haben bekanntlich in letzter Zeit eine taktische Schwelung vorgenommen. Sie suchen ihre Gewerkschaftsarbeit zu korrigieren. Lüdemann, der Ausschuhvorsitzende der Demokratischen Vereinigung und 1. Geschäftsführer des Bundes der technisch-industriellen Beamten, hat einen ganzen Stab der ihm unterstellten Bundesleiterinnen mobil gemacht, die im freien Volk, im der Deutschen Industriebeamten-Zeitung und in der Zeitschrift des neugegründeten Bundes der kaufmännischen Angestellten die neue Weisheit verkündigen, daß der Gewerkschaftskampf der Industrieangestellten getrennt von dem der Industriearbeiter geführt werden müsse. Diese schöne Theorie, „frei von den organisierten Bestrebungen der Arbeiter“ zu bleiben, ist nun jämmerlich zusammengebrochen. Die Unternehmer zeigen, daß sie die bürgerliche Angestelltenbewegung, sofern sie gewerkschaftliche Kampfesformen zeigt, genau so behandeln werden, wie die Arbeiterverbände.

Der Kampf der vereinigten Berliner Eisenkonstruktionsfirmen mit ihren Konstrukteuren hat bewiesen, daß es jetzt zu ernsthaften Kraftproben kommt. In Sterkrade, einem Herrschaftsbezirk von Kohle und Eisen, wird der nächste Streik geführt. Ganz nach bekanntem Muster werden die Angestellten dort gezwungen, aus ihrer Organisation auszutreten, oder es folgt Entlassung, schwarze Liste — die bekannten Mittel, „Frieden im Betrieb zu haben“.

Im großen Saal der Brauerei Friedrichshain in Berlin fand am Dienstag Abend eine Protestversammlung statt. Sie war gut besucht. Der Gaubeamte Gramms-Dresden hielt eine Rede, die nirgends ein tieferes Eindringen in die Entwicklungsnotwendigkeiten zum modernen Industrialismus zeigte. Ein imponierendes Bild gewerkschaftlicher Widerstandsfähigkeit konnte der Referent allerdings nicht geben, denn von 45 Angestellten sind nur sieben festgeblieben. Vielleicht kann man den Führern den guten Rat geben, lieber innerhalb der eigenen Organisation gewerkschaftliche Erziehungsarbeit zu leisten, anstatt sich mit Gräueltaten außerhalb der Bewegungen zu beschäftigen. Der Redner schloß mit der Forderung, daß der Reichstag Mittel und Wege finden möge, der Gute-Hoffnungs-Platte den Brotkorb höher zu hängen (!); durch die Gesetzgebung müsse das Koalitionsrecht der Angestellten gestrichelt werden.

Auch Reichstagsabgeordnete waren eingeladen. Der Zentrumsmann Trimborn und der Freisinnsheld Hornmann hielten sehr temperierte Verhüllungsreden. Seine als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gab ein sehr prägnantes Situationsbild von der politischen Lage, der Macht des Industriekapitalismus, und betonte die Notwendigkeit, nicht das Ziel von der Gesetzgebung zu erwarten, sondern die eigene Macht der Organisation zu stärken.

So zeigt sich jetzt gerade für die Technikervergewegung eine erste Situation. An allein Eden fängt es an zu kriseln. Sterkrade ist nur ein Glied in der Kette weiterer Zusammenstöße. Wichtiger als die Frage, ob die Angestellten getrennt von den Arbeitern nach dem demokratischen Rezept zu marschieren haben, ist deshalb die innere Geschlossenheit der gemeinsamen Aktion mit den Arbeitern. Mögen die Angestellten das begreifen, gewerkschaftlich und politisch diese Marschroute einzuhalten, dann werden die Industrieangestellten diese unausbleiblichen Machtkämpfe ebenso bestehen, wie sie vorbildlich die Industriearbeiter führen.

Es muß weiter gehungert werden. Die Textilfabrikanten in Langenbielau lehnten die von der Arbeiterchaft mit Rücksicht auf die große Teuerung und die schlechten Löhne geforderte Lohnerhöhung von zehn Prozent rundweg ab.

Die Heizungsmonitore sind in Bremen in den Streit getreten. Zugug dahin ist unter allen Umständen zu vermeiden.

Meine Gewerkschaftsnachrichten. Der Italienische Buchbinderverband und der Verband für Bosnien und die Herzegowina haben sich dem Internationalen Sekretariat angeschlossen.

Die Zusammensetzung der Armee.

Mit großem Aplomb verkünden in der Regel die Agrarier, daß das flache Land die meisten Militärtauglichen stelle. „Das Land ist der Gesundbrunnen“, „der Bauer ist der Hort des Vaterlands“, „die Stadt liefert die Staatskrippe“, so und ähnlich lauten die Sprüche. Daran ist nur richtig, daß die städtische Bevölkerung infolge ihrer unhygienischen Bedingungen einen höheren Prozentsatz Dienstuntauglicher stellen muß. Das Proletariat erleidet unter anderem auch, daß zahlreiche Arbeiter schon in der Jugend von schweren Krankheiten heimgeführt werden, die ihre Kräfte aufreiben, so daß sie für den Militärdienst untauglich werden. Darin liegt die denkbar schwerste Anlage gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Aber die Verschiebung, die sich in der Zusammensetzung der Bevölkerung von Stadt und Land vollzieht, bewirkt auch notwendigerweise eine Verschiebung der Zusammensetzung der Armee: in dem Maße, in dem Deutschland zum Industriegebiete sich entwickelt, die Bevölkerung der Städte auf Kosten des flachen Landes wächst, müssen die Soldaten, die in der Stadt geboren sind und gewerblichen Berufen angehören, in der Armee überwiegen. Diese Wendung ist auch bereits zur Tatsache geworden.

Dem Reichstage wurde soeben die amtliche „Nachweisung über die Herkunft und Beschäftigung der Militärtauglichen“ für das Jahr 1910 vorgelegt. Daraus ergibt sich folgendes:

In jenem Jahre wurden „endgültig abgefertigt“ (also entweder für militärtauglich, beziehungsweise untauglich erklärt, oder der Ersatzreserve zugewiesen) 558 597 Mann, davon sind für militäruntauglich erklärt 296 081, gleich 53 Prozent.

Ihrer Herkunft nach, aus Stadt oder Land, und ihrer Beschäftigung nach in landwirtschaftlichen und gewerblichen Berufen, verteilen sie sich wie folgt:

	Abgefertigte	Eingeführte
Auf dem Lande geboren und in der Landwirtschaft tätig	180 198	72 822
Auf dem Lande geboren, aber in gewerblichen Berufen tätig	188 280	100 090
In der Stadt geboren, aber in der Landwirtschaft tätig	18 445	9 988
In der Stadt geboren und in gewerblichen Berufen tätig	221 074	108 055

Somit wurden eingestellt: 172 912 auf dem Lande und 113 043 in der Stadt Geborene. Fragt man jedoch nach dem Berufe, den die jungen Leute ausübten, als sie zum Militär einberufen wurden, so ändert sich das Bild gewaltig: es waren 82 310 in der Landwirtschaft tätig, dagegen 203 145 in gewerblichen Berufen tätig. Also nicht ein Drittel der im Jahre 1910 eingestellten Rekruten sind eigentliche Landleute, über zwei Drittel gehören gewerblichen Berufen an.

Leider fehlt eine Zusammenstellung nach der sozialen Schichtung; aber es unterliegt bei diesen Ziffern gar keinem Zweifel, daß die Armee heute bereits überwiegend aus städtischen Proletariern rekrutiert wird.

Daß diese Tatsache für den kapitalistischen Klassenstaat von ungeheurer Bedeutung ist, liegt auf der Hand. Die Armee ist das letzte Bollwerk dieses Staates, und auch sie besteht heute aus Proletariern, aus Männern, denen das proletarische Klassenbewußtsein durch den Gang der Dinge tagtäglich eingepaukt wird.

Berichtsaal.

Reichsgericht.

Gegen Hinterziehung von Zigarettensteuer ist der Schankwirt Friedrich Geiß in Leipzig vom Hauptsteueramte mit einem Strafbefehl von 50 M. bedacht worden. Er hatte 100 Zigaretten Marke Ducen bestellt, um sie, wie er behauptet, seinen Gästen erst einmal zur Probe gratis zu geben und zu sehen, ob sie Anklang finde. Da der Lieferant ihm aber 200 Stück sandte, schenkte er eine Kiste seinem Sohne, während er die andre Kiste an seine Gäste verteilen wollte. Da die Zigaretten ansehnlich Anklang fanden, beschloß G., sie bei Nachbestellung für 7,5 Pf. statt 5 Pf. zu verkaufen. Aber bereits bei der ersten Kiste kam es zum Verkauf, denn seine Frau gab eine Anzahl Zigaretten zu 7,5 Pf. ab. Da nun die Zigaretten für diesen Preis nicht versteuert waren und der Angeklagte sie nicht nachversteuerte, so hatte er sich der Steuerhinterziehung schuldig gemacht. Gegen den Strafbefehl beantragte er gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht sprach ihn frei, aber auf die Berufung des Staatsanwalts bestätigte am 17. Mai das Landgericht Leipzig die Strafverurteilung. — Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt und die Staatsanwaltschaft hatte die Entsendung des Reichsgerichts beantragt. Dieses erkannte auf Verwerfung des Rechtsmittels. Der Angeklagte war zur Nachversteuerung der Zigaretten verpflichtet. Er hatte für den Verkauf durch seine Frau zu haften, auch wenn er nichts davon wußte.

Jahrlässige Tötung auf der Jagd. Vom Landgericht Freiberger Land am 20. Juni der Kaufmann R. und dessen Schwager M. wegen fahrlässiger Tötung zu 8 bzw. 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 25. September 1910 gingen beide in dem Jagdrevier Rauterbach bei Marienberg zur Jagd und luden zu dieser den Gutsbesitzer N. ein. N. war mit dem Feldwerk, ja sogar mit der Handhabung des Gewehrs in keiner Weise vertraut. Durch die ungeschickte Haltung des Gewehrs brachte er dieses versehentlich zur Entladung. Der Schuß traf M. so unglücklich, daß er an den Folgen desselben am Abend starb. Das Unglück war in einem Augenblick geschehen, als R. sich von den Jagdgenossen für kurze Zeit entfernt hatte. Hierin hat das Gericht seine Fahrlässigkeit erblickt. R., der wohl wußte, daß N. mit der Handhabung des Gewehrs nicht vertraut war, hätte ihn aus diesem Grunde nicht aus den Augen lassen dürfen. Er hätte, da er N. genau kannte, um so mehr mit einem Unglück rechnen müssen. — Gegen das Urteil hatte nur R. Revision eingelegt. Er behauptete, er habe mit einem Unfall nicht rechnen können. Er habe nicht unverwandt den N. beobachtet können; zudem habe ja auch M., der allerdings den N. erst an jenem Tage kennen gelernt hatte, selbst gesehen, wie ungeschickt sich N. bei der Haltung des Gewehrs anstellte. Außerdem sei es auch möglich, daß der Schuß infolge eines Strauchels des N. losgegangen ist. Seine (R.) Fahrlässigkeit sei also gar nicht ergründet. — Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet. Es ist ausreichend festgestellt, daß R. die erforderliche erhöhte Sorgfalt in der Beaufsichtigung des N. außer acht gelassen und dadurch das Unglück mitverschuldet hat.

Von Nah und Fern.

Totschlag in einer Zwangsarbeiteranstalt.
Bogenau, 9. November. In der Zwangsarbeiteranstalt erschlug ein 18jähriger Jüngling im Streite einen 19jährigen Kameraden. Der jugendliche Verbrecher soll; es ist bis jetzt noch nicht gelungen, ihn zu ergreifen.

Um die Liebe Geld.
München, 9. November. Im Streite wegen geschäftlicher Differenzen schoß ein Schloffer auf seinen verheirateten Kompagnon und auf dessen Frau mehrere Kugeln ab, die er beide schwer verwundete.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 9. November. Aus Hankau wird berichtet: Zwei Drittel der Stadt sind durch das Feuer zerstört. Die Verluste werden auf 10 Millionen Pfund geschätzt. 400 000 Personen sind mittellos. Aufhou ist nach kurzem Widerstand in die Hände der Aufständischen gefallen. Der Blzfeldzug und der Zarengeneral sind entkommen. Der Jansen ist niedergebrannt. Alle Fremden sind wohlbehalten und in Sicherheit.

Tunis, 9. November. Die Zahl der Opfer der hiesigen Unruhen beträgt 18 Tote und 41 Verwundete. Jedoch ist es unmöglich, die Zahl der Opfer unter den Eingeborenen anzugeben, da die Araber so viel als möglich die Toten und Verwundeten verbergen. Der Aufbruch hat übrigens keineswegs den Charakter einer freundschaftlichen Bewegung oder Erhebung gegen die Regierung in Tunis. Im Innern des Landes ist es völlig ruhig. Die wahre Ursache der jüngsten Ereignisse liegt in der hochgepannten Erregung, die bei den Italienern und Arabern durch die einander widersprechenden Kriegsnachrichten aus Rom und Konstantinopel hervorgerufen worden ist.

Tunis, 9. November. Unter der Eingeborenenbevölkerung herrscht große Panik. Die ungläublichsten Alarmnachrichten werden verbreitet, darunter auch das Gerücht, daß Hausen von Eingeborenen aus dem Innern des Landes nach Tunis marschieren sollen. Doch hat dieses Gerücht bisher keine Befestigung gefunden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Viller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg.

E. G. m. b. H.

An unsere Mitglieder!

Die ordentliche Generalversammlung vom 29. September dieses Jahres hat beschlossen, den Mitgliedern

10 % Rückgewähr auf Warenmarken und

3 % Rückgewähr auf Fleischwarenmarken

zu vergüten. Die Auszahlung dieser Rückgewähr im Betrage von

1820397 Mk.

findet in nachverzeichneter Reihenfolge statt. Um nun aber eine glatte, geordnete und schnelle Auszahlung dieser Summe zu ermöglichen, bitten wir dringend, die nachstehenden Anordnungen des Vorstandes zu beachten:

Die Auszahlung der Rückvergütung

geschieht für diejenigen Mitglieder, denen Kohlenlieferungen und Darlehen aus dem Dispositionsfonds von den Rückvergütungs-Beiträgen abzurechnen sind, in **Leipzig-Plagwitz, Jahnstrasse 69 (Nebeneingang)**, an folgenden Tagen:

Nr.	1 bis 15000	am 9. November
"	15001 bis 30000	am 10. November
"	30001 bis 45000	am 11. November

Nr.	45001 bis 60000	am 13. November
"	60001 bis 75000	am 14. November
"	75001 bis Schluß	am 15. November

Die in den Händen der Mitglieder befindlichen Kohlen-Rechnungen bitten zu vorbezeichneten Tagen mitzubringen.

Die reguläre Auszahlung der Rückvergütung

geschieht in folgender Weise:

Für die in der **Westvorstadt** wohnenden Mitglieder in **Leipzig-Plagwitz, Jahnstrasse 69, Nebeneingang**, von 8-12 u. 2-6 Uhr:

Nr.	1 bis 5500	am 16. November
"	5501 bis 11000	am 17. November
"	11001 bis 18000	am 18. November
"	18001 bis 28000	am 20. November
"	28001 bis 38000	am 21. November
"	38001 bis 48000	am 23. November
"	48001 bis 58000	am 24. November
"	58001 bis 68000	am 25. November
"	68001 bis 78000	am 27. November
"	78001 bis Schluß	am 28. November

Für die in der **Ostvorstadt** wohnenden Mitglieder im **Warenhaus L.-Reudnitz, Dresdner Str. 55, parterre**, nur von 8-12 u. 2-6 Uhr:

Nr.	1 bis 28000	am 29. November
"	28001 bis 40000	am 30. November
"	40001 bis 50000	am 1. Dezember
"	50001 bis 62000	am 2. Dezember
"	62001 bis 74000	am 4. Dezember
"	74001 bis Schluß	am 5. Dezember

Für die in der **Südvorstadt** wohnenden Mitglieder in der **Goldnen Krone, L.-Connwitz, Pegauer Strasse 39**, von 8-12 u. 2-6 Uhr:

Nr.	1 bis 56000	am 8. Dezember
"	56001 bis Schluß	am 9. Dezember

Für die in der **Nordvorstadt** wohnenden Mitglieder im **Drachenfels, Gohlis, Aeusserer Hallische Strasse**, von 8-12 und 2-6 Uhr:

Nr.	1 bis 76000	am 6. Dezember
"	76001 bis Schluß	am 7. Dezember

Wir erluchen die geehrten Mitglieder nochmals, für die Erhebung der Rückgewähr nur die Tage wie angegeben zu benutzen. Bei großem Andrang muß sich die Verwaltung vorbehalten, diejenigen Personen, die an den obenbezeichneten Tagen zur Vorlegung des Buches nicht berechtigt sind, zurückzuweisen.

Der Vorstand.

Politische Uebersicht.

Die Abrechnung mit der Obstruktion in Ungarn.

Aus Budapest wird uns geschrieben: Nach einer kurzen Unterbrechung von kaum zwei Jahren werden sich nun im ungarischen Parlamente wieder einmal erregte Szenen abspielen: in den nächsten Tagen soll nämlich der Entscheidungsschritt ausgefochten werden zwischen den dynastisch-agrarisch-kapitalistischen Machthabern und der Obstruktion der minderbemittelten Junker. Der Kampf wurde schon eigentlich vor drei Wochen erklärt, als sich die internationale Lage plötzlich verschärfte und die Möglichkeit einer kriegerischen Entwicklung in die Nähe gerückt war. Die Regierung, die bis dahin verkündet hatte, daß sie es mit der Militärvorlage gar nicht so eilig hätte, sie könnte ruhig warten, bis sich die Obstruktion gegen sie ausgetobt haben würde, wurde auf einmal nervös und ließ eine gewaltsame Abrechnung mit der Opposition ankündigen. Diese konnte jedoch nicht sofort in Angriff genommen werden. Die Regierung bedarf dazu eines energischen Reichstagspräsidenten, wogegen sich der jetzige schon auf die sogenannte Geduldspolitik festgelegt hat, d. h. die Obstruktion ruhig gewähren ließ, also keine andre Praxis beginnen konnte. Eine Demission des Präsidiums so ohne weiteres wäre auch nicht gut möglich gewesen, denn so etwas hätte zur Stärkung der Opposition beigetragen, die sich darauf hätte berufen können, daß selbst das aus der Regierungspartei hervorgehende Präsidium nicht mittun wolle! Um eine passende Gelegenheit zur Abhandlung zu erhalten, setzte sich der Präsident mit der Opposition in Verbindung, er verhandelte mit ihr wegen Einstellung des Kampfes. Ohne Kompensationen wollten aber die Obstruktionisten nicht darauf eingehen, er konnte jedoch solche nicht in Aussicht stellen, und so liefen die langen Verhandlungen aus wie das Hornberger Schießen. Nachdem nun die Äkzion des Präsidenten gescheitert ist, hat er endlich einen annehmbaren Grund zum Abzanken, es kann jetzt der „starke Mann“ kommen, und somit ist der Weg frei für die neue Taktik der Regierung.

Dieser Vorstoß der Machthaber hat eine größere Bedeutung, als man auf den ersten Blick anzunehmen geneigt wäre. Es handelt sich dabei nicht nur um die Einweisung der neuen Militärvorlage, sondern um einen Abschluß einer Krisenperiode, die das ungarische Parlament seit mehr als einjährig Jahrszehnten beherrscht. Weil es nun der Regierung, trotz einer großen Anzahl günstiger Umstände, kaum gelingen wird, ihren Plan glatt durchzuführen, es dürften sich vielmehr demnächst große Skandaliszenen im Parlamente abspielen, wodurch die Aufmerksamkeit des Auslands wieder auf die politischen Dinge in Ungarn gelenkt werden wird — so wollen wir kurz darlegen, um was es sich bei der Sache handelt.

Die Ursache der ewigen Parlamentskrise wurzelt in dem Interessengegensatz, der zwischen der Dynastie und den magnarischen Junkern besteht. Diese beiden Faktoren waren es hauptsächlich, die sich an der Spitze, die aus den Völkern Ungarns herausgepreßt wurde, zu teilen hatten. Dabei pflegten sie sich einander stets in die Haare zu geraten. Den Zankapfel bildete in erster Reihe die Militärfrage. Die Junker wollten das Heer magyarisieren, um dadurch ein Privileg auf die Offiziersstellen, wenigstens in der ungarischen Hälfte des Heeres, zu erlangen. Die Dynastie, und mit ihr die österreichische Bureaucratie, aus der sich das Offizierskorps hauptsächlich rekrutiert, bestanden jedoch auf der Einheitlichkeit, auf dem deutschen Charakter des Heeres. Wurde eine neue Militärvorlage dem Parlamente vorgelegt, da rückten die Junker mit ihren Forderungen hervor und die Parlamentsmaschine hörte auf zu funktionieren. Früher hatten solche Krisen für die Dynastie stets gefährliche Folgen gehabt, sie hatten u. a. ihr Ansehen total untergraben, so daß sie sich im internationalen Konzert der Mächte eine große Zurückhaltung auferlegen mußte. Vor einigen Jahren hat sich jedoch das Blatt gewendet: der Widerstand der Junker der Dynastie gegenüber wurde immer mehr gebrochen. Es wurde das zum Teil dadurch erreicht, daß die entrechteten Massen mit der Parole des allgemeinen Wahlrechts auf die rebellierenden Junker losgelassen und diese dadurch zum Rückzuge gezwungen wurden, andererseits arbeitete aber die wirtschaftliche Entwicklung der Dynastie in die Hände. Das alte selbständige, rüstungsfeindliche Kleinbürgertum, die stärkste Stütze der Junker im Kampfe gegen das schwarz-gelbe Heer, sank zur Bedeutungslosigkeit herab, dagegen erstarkte das rüstungsfreundliche Finanzkapital und die Dynastie, diese alte Trägerin des Rüstungsgebankens, erhielt in ihm einen mächtigen Bundesgenossen. Diesen veränderten Zuständen ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß die Regierung Khuen-Hedervary bei den letzten Wahlen einen so verblüffenden Sieg davontrug; es gelang ihr, aus der Erde eine „Arbeitsmehrheit“ hervorzustampfen und die rebellierenden Junker zu dezimieren.

Der Triumph der Regierung war ein so überwältigender, die Niedergeschlagenheit der Opposition war eine so offenkundige, daß die Regierung nicht daran glaubte, daß diese einen erneuten Kampf gegen sie wagen würde, und deshalb verzichtete sie auch auf die Revision der Geschäftsordnung, die schon einem Duzend Abgeordneten des Parlaments die Möglichkeit gibt, die Verhandlungen des Parlaments lahmzulegen. Aber eine derartige Obstruktion ist sozusagen gleichbedeutend mit dem Obstruktionszwang, und so ist es nicht wunderzunehmen, daß sich bei der Einbringung der neuen Militärvorlage doch — genau eineinhalb Duzend Abgeordnete getroffen haben, die sich für die Obstruktion erklärten, nachdem sie für ein vages Wahlrechtsversprechen die Unterstützung des Proletariats und der demokratisch gesinnten Oppositionellen erlangt haben.

Diese Obstruktionisten will jetzt die Regierung kleinreden durch ein stärkeres Handhaben der Geschäftsordnung, sie will dann die Revision der Geschäftsordnung vornehmen lassen, um die bestehende Obstruktionsmöglichkeit aus der Welt zu schaffen. Weil jedoch dadurch der Opposition ein wichtiges Kampfmittel entzogen werden soll, so dürfte die Regierung bei ihrem Vorgehen auch solche oppositionelle Abgeordnete gegen sich haben, die an der jetzigen Obstruktion nicht teilgenommen haben.

Deutsches Reich.

Ein Familienrat über Wilhelm II.?

Die Nationalzeitung verbreitet folgende Meldung: Wie wir aus Hofkreisen erfahren, ist der Kronprinz über die nach seiner Ansicht klägliche Marokkopolitik des Reichskanzlers und über den Rücktritt des Herrn von Vindequist sehr bestürzt.

Der Kronprinz hat, wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, mit seinen Brüdern sich von Danzig aus über diese Frage verständigt, um beim Kaiser darauf hinzuwirken, daß die Situation nicht noch weiter verschärft werde. Auch die Kaiserin soll für dieses gemeinsame Vorgehen interessiert werden. Selbst ein (in solchen Fällen ja immer parates) Dementi wird die Richtigkeit dieser Meldung nicht erschüttern.

Schon während der Novembekrise des Jahres 1908 hat man etwas von der Einwirkung eines Familienrates auf Wilhelm II. munkeln hören. Es wäre aber keine Neuerung, wenn er jetzt abermals über ihn käme. Daß der Kronprinz eine große Neigung hat, in die väterliche Politik einzugreifen, hat ja seinerzeit seine Rolle bei der Einleitung der Eulenburg-Moltke-Affäre gezeigt.

Im übrigen kann es dem deutschen Volke ziemlich gleichgültig sein, ob die Meldung wahr ist oder nicht. Nicht so gleichgültig aber ist es, daß sie überhaupt aufgetaucht kann, daß solche Vorgänge für möglich gehalten werden. Denn dieser Umstand zeigt uns, wie jammervoll es um die politischen Zustände Deutschlands bestellt ist. Die Lenkung der deutschen Politik ist das Kampfobjekt der Hofkoterien, während das deutsche Volk und seine Vertretung lediglich zur Kenntnis nehmen dürfen, was ihnen vom Absolutismus eingebracht wird.

Die schönsten Aussichten!

Der Protest des Reichstags gegen die nichtachtende Behandlung, die ihm die Regierung wieder einmal bei der Vorlage des Marokkoertrags angedeihen ließ, hat die Regierung zu einer Reaktion gezwungen. Am Mittwochabend hat sie noch eine schnell zusammengestoppelte Denkschrift des Kolonialamts zu dem Vertrag herausgebracht und den Abgeordneten zugestellt.

Der Inhalt dieses Dokuments verdient etwas näher betrachtet zu werden. Die Regierung bietet natürlich alles auf, um die Erwerbungen am Kongo möglichst wertvoll erscheinen zu lassen. Da ihr dazu aber die Tatsachen fehlen, so saugt sie sich Gründe aus den Fingern. Zunächst wird den Volksvertretern zu Gemüte geführt, daß ein richtiger Kolonialpolitiker jedes Gebiet, das er kriegen kann, ohne Besinnen zu nehmen hat. Und wenn das Land auch nichts taugt, es muß erworben werden. Denn es eröffnet Aussichten, die schönsten Aussichten. Von jedem Sumpfloch, von jeder Fieberküste, von jeder Sandwüste läßt sich das Beste in der Zukunft erwarten, wenn man nur die nötige Phantasie aufbringt. Wörtlich sagt das amtliche Schriftstück:

Jeder ein Volk, das sich entschlossen hat zu kolonisieren, ist jeder Zuwachs von kolonialem Gebiet mit Freuden zu begrüßen; selbst wenn man zunächst die Frage nach dem wirtschaftlichen Wert dieses Zuwachses zurücktreten lassen möchte. (Wie fein und diplomatisch ausgedrückt! D. R.) Wer die Kolonialpolitik bejaht, muß grundsätzlich für jeden Zuwachs kolonialen Gebiets, für jedes Stück kolonialen Neulandes sein.

Nach dieser einfach überwältigend genialen, grundsätzlichen Beweisführung, die alle Klagen über die Minderwertigkeit der Kongo Sümpfe glatt zu Boden wirft, geht die Denkschrift auch ein wenig auf Einzelheiten ein. Daß der Zuwachs momentan nicht viel wert ist, wird zugegeben, allein das soll nichts beweisen, das liegt nur an der Vernachlässigung des Gebiets durch die Franzosen. Die Naturprodukte der neuen Erwerbungen würden dem deutschen Markt, vor allem dem deutschen Kaufschulmarkt, zugute kommen; auch werde dem deutschen Ausfuhrhandel ein neues Absatzgebiet von beträchtlichem Umfang (aber von ganz geringer Konsumkraft. D. R.) eröffnet. Vom militärischen Standpunkt sei zu erwähnen, daß, je größer ein Schutzgebiet, es um so leichter sei, die im Lande angeworbenen Soldaten an Orten zu garnisonieren, in denen sie im Falle des Aufstands keine Fühlung mit der eingeborenen Bevölkerung haben. Nicht unerwähnt dürfe bleiben, daß jedes neu erworbene Land die Möglichkeit in sich schliesse, Mineralische zu enthalten.

Der letzte Satz reicht in seiner Genialität fast an den grundsätzlichen Beweis heran. Selbst der verblissenste Oppositionsmann wird nicht das Gegenteil behaupten können! Die Beweisführung ist unüberleglich, denn wer will beweisen, daß in den Kongo Sümpfen keine Mineralische vorhanden sind!

Wir glauben, daß wir nach diesen Proben den übrigen Inhalt der Denkschrift, die sich stellenweise schier wie eine Verhöhnung des Reichstags liest, auf sich beruhen lassen können.

Der teutsche Held.

Der von den Adepten und Marokkointeressenten jetzt in allen Tonarten als echter deutscher Mann und Bismarckjünger besungene Herr von Vindequist wird in einer Zuchtschrift, die der Germania von „parlamentarischer, gut unterrichteter Seite“ zugeht, also liebevoll charakterisiert:

Herr v. Vindequist hat im Sommer aus rein persönlichen Gründen ein Entlassungsgesuch eingereicht, und war ganz damit einverstanden, als der Kaiser es ablehnte, denn die persönlichen Gründe waren schnell beseitigt. Herr v. Vindequist ist dann während der Verhandlungen mit Frankreich über alle Einzelheiten der Kompensationen vollkommen auf dem laufenden geblieben; er wurde vom Auswärtigen Amt stets unterrichtet und er ist von dort aus auch erlucht worden, seine Vorschläge betreffend Kamerun zu unterbreiten, was auch geschehen ist. Alle Wünsche Vindequists sind in dem Abkommen tatsächlich auch erfüllt worden; auch nicht ein einziges von ihm gewünshtes Gebiet kam nicht in unsern Besitz. Herr v. Vindequist hat weiter das Dementi seines Rücktritts vom 28. Oktober vor seiner Veröffentlichung ausdrücklich gebilligt und unterzeichnet; er machte gar keine Einschränkung. Und damals kann er schon alle Bestimmungen des Vertrags. Ganz falsch ist die Meldung, er habe diese Kenntnis erst nach dem Dementi erhalten. Wohl aber ist zutreffend, daß er insofern fremder Einsicht seine Ansicht später wieder geändert hat und sich erklarte, daß er früher zugestimmt habe. Als der entlassene Staatssekretär sich dem Reichs-

kanzler gegenüber in letzter Stunde zu aller Welt Ueberredung weigerte, das Abkommen zu vertreten, kam es zum Bruch und Herr v. Vindequist mußte seine Entlassung einreichen, die innerhalb acht Stunden genehmigt worden war. Das ist die Wahrheit, an der es nichts zu rütteln gibt.

Wenn die parlamentarische gut unterrichtete Seite des Zentrumsblattes recht hat, so muß der Herr v. Vindequist ja ein außergewöhnlich fähiger Staatsmann sein! Gibt's noch mehr solche Exemplare in den Reichsämtern? - Verschiedene Ergebnisse der jüngsten Bergangenhheit können vielleicht durch solchen Umständen erklärt werden!

Uebrigens hat sich Vindequist in seiner Abschiedsrede an die Beamten des Kolonialamts mit ziemlicher Schärfe gegen das „amtlich inspirierte Telegramm“ gewendet; das den Vorwurf erhob, aus dem Kolonialamt seien unter Bruch der Amtsverschwiegenheiten Mitteilungen über das Marokkoabkommen ergangen, die den Abschluß der Verhandlungen gestört hätten. Der Staatssekretär erklärte, daß zu solchem Vergehen keiner der Beamten fähig sei. Uns will scheinen, ob das Vertrauen Vindequists ebensowenig zuverlässig ist, wie — nach der Notiz der Germania — sein Gedächtnis. Daß unzufriedene Beamte die Presse zu finden wissen, um gegen den Chef zu intrigieren, ist doch in Deutschland nichts Unerhörtes mehr.

Die Herren im Hause Bayern.

Eine Regierungskrisis ist soeben in Bayern ausgebrochen. Dienstag und Mittwoch war es in der Landtags-Sitzung zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Zentrum und dem Eisenbahnminister gekommen. Der Minister hatte die Angriffe des Zentrums mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen.

Zu Beginn der Sitzung des Finanzausschusses vom Mittwoch hat der Referent Dr. Bichler erklärt, daß es dem Zentrum nach den Vorkommnissen der beiden letzten Tage unmöglich sei, mit dem Verkehrsminister weiter gesellschaftlich zu verkehren. Er könne also seine Referenten-tätigkeit nicht mehr ausüben. Minister von Frauenhofer erklärte darauf, daß er sich die entsprechende Antwort vorbehalte. Die Sitzung des Ausschusses wurde darauf gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten abgebrochen. Das Zentrum hat also das Ministerstürzen offiziell aufgenommen.

Junkers Umgangformen.

In Pommern sind die Liberalen aller Schattierungen und die Konservativen hart aneinander geraten. Die Konservativen befolgen das Rezept des Prügelpastors Iskraut und haben schon mehrfach ihren Gegnern Handgreiflichkeiten angedroht. Eine Bilanzleistung hat sich nun auch am 2. November der Junker v. Wangenheim, ein Sohn des bekannten Bündlerführers, geföhnt, indem er in einer nationalliberalen Versammlung folgendes erklärte:

Als ich vernahm, daß die Nationalliberalen auch in Pommern agitieren, da fragte ich einen Bekannten, der die Verhältnisse kannte: Womit gehen denn die Nationalliberalen denn nun eigentlich treiben? Etwa mit der Reichsfinanzreform? Möglicherweise, wurde mir da geantwortet. Na, mit der Brauntweinsteuer und der Liebesgabe, so sagte ich weiter. Können sie doch unmöglich antworten, denn wenn sie das täten, dann würden ja die Hunde das Bein gegen sie hochheben. Und nun kommen sie, wie ich soeben gehört habe, doch damit! Nur gut, daß hier kein Hund im Saale anwesend ist, sonst könnte es ein Malheur geben!

Und diese Gesellschaft schreit über die Verrohung des Tonos, wenn einmal in der sozialdemokratischen Presse scharfe Ausdrücke gebraucht werden!

Zentrum und Staatsarbeiter.

Dienstag und Mittwoch beschäftigte sich der bayrische Landtag mit Interpellationen und Anträgen über die Staatsarbeiter und kleinen Beamten. Diesmal erlitt die Sozialpolitik des Zentrums einen Zusammenbruch. Seit Jahr und Tag nimmt der bayrische Landtag weitgehende Anträge zur Verbesserung der Staatsarbeiter an. Diese Anträge sind Erzeugnisse des Zentrums. Aber das Zentrum tut trotz seiner 98 Mann nichts, um die Durchführung der Anträge zu erreichen. In den Versammlungen draußen im Lande brüllet das Zentrum sich mit diesen papierernen Anträgen und schiebt die Verantwortung für die Nichtdurchführung dieser Anträge der Regierung zu. In den letzten beiden Tagen standen nun Anträge und Interpellationen auf der Tagesordnung. Sämtliche Parteien verlangen von der Regierung die Durchführung der früheren Beschlüsse über die Staatsarbeiterfürsorge. Die Sozialdemokraten verlangen außerdem, daß die notwendigen Mittel sofort in den Etat eingestellt werden. Außerdem verlangt die Sozialdemokratie Teuerungszulagen für alle Staatsarbeiter und die Beamten bis zu einem Jahreseinkommen von 2000 Mark. In den Debatten wurde nun festgestellt, daß von den Anträgen des Zentrums tatsächlich so gut wie nichts durchgeführt worden sei. Auch gab die Regierung in der Verantwortung der Interpellation durchaus keine Zusicherungen, daß dies geschehen würde.

Von den Liberalen und Sozialdemokraten wurde dem Zentrum vorgeworfen, daß seine ganzen Anträge nur darauf berechnet seien, in den Versammlungen für die Sozialpolitik der christlichen Arbeiterführer zu agitieren, daß dagegen das Zentrum nicht daran denke, die Regierung zur Durchführung der Anträge zu zwingen.

Mittwoch stellte nun der Finanzminister fest, daß die Durchführung dieser alten Anträge 37 Millionen Mark beanspruchen würde, davon allein für die Eisenbahnverwaltung 22 1/2 Millionen Mark. Dagegen beanspruchen die jetzt von der Sozialdemokratie verlangten Teuerungszulagen für die Arbeiter nur 8 880 000 Mark und für die Gehaltszulagen für Beamte nur 4 700 000 Mark. Die Sozialdemokraten verlangten nun Einstellung der ganzen Summe, sowohl der 37 Millionen, wie auch der von ihr allein beantragten Teuerungszulagen in den Etat. Es wird sich bei dieser Gelegenheit herausstellen, wie ernst es dem Zentrum mit seinen früheren Anträgen gewesen ist.

Berlin, 9. November. Eine Novelle zur Reform der deutschen Fahrkartensteuer soll nach einer Meldung der Schließlichen Zeitung im preußischen Eisenbahnministerium fertig gestellt worden sein. - Ueber den Inhalt wird nichts mitgeteilt. Vorsichtigerweise, denn sie beschäftigt, wie wir aus früheren Meldungen wissen, eine Entlastung der Passagiere erster Klasse und eine Belastung der Fahrer 4. Klasse. Und das gibt die Regierung vor den Wahlen nicht gern zu.

Die Stichwahl in Matibor. Bei der gestrigen Reichstagsstichwahl im 7. Reichstagswahlkreis erhielten Grundbesitzer Sopleta in Matibor (Zentrum) 10 050 und Pfarrer Panos Kubowitz (Volk) 5000 Stimmen.

Der Zentrumsmann ist also, wie vorausgesehen war, mit Hilfe der Freikonserwativen gewählt worden. Die Sozialdemokratie hatte bekanntlich Entfaltung proklamiert, da beide Stichwahlkonkurrenten zum schwarzen Blau gehörten.

Ein Zentrumserfolg. Bei der Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung in R. B. N. erhielten das Zentrum 25 000, die Sozialdemokratie 13 000, die Liberalen 4400 Stimmen. — Bei der vorigen Wahl hatten das Zentrum 18 800, die Sozialdemokraten 10 600, die Liberalen 4000 Stimmen erzielt. Wahlberechtigt waren diesmal 78 000, davon wählten 42 000. Die zur Wahl stehenden sieben Mandate wurden sämtlich vom Zentrum behauptet.

Auf dem Verbandstag der fortschrittlichen Volkspartei Pommerns, der am Sonntag in Kolberg abgehalten wurde, gab der Berichterstatter bekannt, daß die Verständigung mit den Nationalliberalen Pommerns perfekt sei. Der Verbandstag beschloß, an die Regierungspräsidenten und Stadtmagistrate Eingaben zu richten, damit im Verwaltungswege angemessene Wahlurnen beschafft werden. Gegen etwaige Wahlbeeinflussungen oder Verletzungen des Wahlgeheimnisses soll rücksichtslos vorgegangen werden. Die Landarbeiterkommission hat ein Landarbeiterprogramm aufgestellt. Es ist in Anlehnung an die Pilsch-Dumerschen Gewerksvereine eine Landarbeiterorganisation geschaffen worden, deren Hauptaufgabe die Kranken-, Begräbnis- und Arbeitslosenfürsorge ist. — In Stralsund ist ein Landarbeiter-Sekretariat geschaffen.

Frankreich.

Der französisch-spanische Marokkovertrag.

Nachdem der Schacher zwischen Frankreich und Deutschland perfekt geworden ist, hat seine Majestät der Sultan von Marokko seine Zustimmung zu dem Vertrage erklärt, wie ein offizielles Telegramm der Welt verkündet. Es bleibt aber noch ein vierter Interessent, nämlich Spanien. Die Regierung der edlen Hidalgos hat ja bekanntlich auch in Marokko nach Möglichkeit geräubert und es kommt jetzt darauf an, den Raub auch nach allen Regeln der Kunst zu teilen. Da es aber in Frankreich nicht angeht, dem Parlament einen Vertrag mit einem andern Staate über wichtige politische Dinge einfach zur „Kenntnisnahme“ vorzulegen, so sieht sich die französische Regierung nunmehr veranlaßt, den Geheimvertrag, den sie im Jahre 1904 mit Spanien abgeschlossen hat, zu veröffentlichen. Der Inhalt dieses Vertrages wird im nachstehenden skizziert:

In Artikel 1 erteilt Spanien der französisch-englischen Erklärung vom 11. April 1904 über Marokko und Ägypten seine Zustimmung. Artikel 2 bestimmt die spanische Einflusssphäre, die durch eine der Rüste fast parallel von Larache und El Kar zum Mulajsch laufenden Linie begrenzt ist. Spanien verpflichtet sich, seine Aktion in dieser Einflusssphäre nur nach vorherigem Einvernehmen mit Frankreich innerhalb einer 15 Jahre nicht überschreitenden Periode auszuüben. Während dieser Periode verpflichtet sich Frankreich, über seine etwaigen Aktionen beim Sultan von Marokko betreffs der spanischen Einflusssphäre vorher die spanische Regierung zu verständigen. In Artikel 3 heißt es: Für den Fall, daß der politische Zustand Marokkos nicht mehr fortbesteht oder durch die Schwäche der scherrischen Regierung die Ordnung nicht aufrecht erhalten werden könnte, oder Frankreich aus irgendeinem andern Grund die Aufrechterhaltung des Status quo unmöglich würde, könnte Spanien seine Aktion in seiner Einflusssphäre frei ausüben. Artikel 4 und 5 bestimmen, daß das Territorium der im Jahre 1800 von Marokko an Spanien abgetretenen Niederlassung von Fni den Lauf des Razonalflusses nicht überschreite und daß Spanien sich daselbst nur nach vorherigem Einvernehmen mit dem Sultan niederlassen könne. In Artikel 7 verpflichtet sich Spanien, sich keiner der Territorien auch nur vorübergehend, unter welcher Form es auch sei, zu entäußern. In Artikel 9 heißt es, die Stadt Tanger wird ihren besonderen Charakter behalten, den der Aufenthalt des diplomatischen Korps sowie ihre munizipalen und sanitären Einrichtungen ihr verleihe. Die übrigen Artikel enthalten Bestimmungen über Bergbau, Schifffahrt, Fischelei, Gelbmaus usw., durch die die bezüglichen Reuten der Spanier gewährleistet werden.

Die Unruhen in Tunis.

Paris, 8. November. Die gestern in Tunis ausgebrochenen blutigen Unruhen haben hier lebhafteste Besorgnis hervorgerufen. Mehrere Mütter erbilden in ihnen ein sehr ernstes Symptom für den durch die Vorgänge in Tripolis aufgestachelten muslimanischen Fanatismus. Die Meuterei habe große Neugierigkeit mit den kürzlich in Alexandria begangenen Ausschreitungen.

Das Journal meint: Frankreich dürfe nicht vergessen, daß es in Tunis über hunderttausend Italiener zu beschützen habe, und daß man alle erforderlichen Vorsichtsmaßregeln treffen müsse. Nach einzelnen Berichten hätten an den gestrigen Unruhen in Tunis tausend Mann Verletzung erlitten. Das Redaktionsbureau des in Tunis erscheinenden Blattes *Unione* wird von einem starken militärischen Aufgebot beschützt.

Kolonialschacher.

Einige Andeutungen, die Cailaux in seiner Rede am Sonntag machte, wurden dahin gedeutet, daß mit dem Schacher zwischen Deutschland und Frankreich am Kongo die Besitzveränderungen in Afrika nicht beendet waren. Jetzt gibt der offiziöse Temps Enthüllungen zum besten, die den Schacher etwas klären. Obwohl hier nur von Verhandlungen die Rede ist, die im Jahre 1904 stattfanden, liegt der Gedanke nahe, daß auch jetzt bei den Regierungen das Bestreben besteht, die Grenzen der Kolonien und der „Interessensphären“ neu zu regeln. Dieser Schacher kann indessen sehr leicht zu neuen Komplikationen führen.

Ueber die Ausführungen des Temps wird gemeinlich:

Paris, 8. Nov. Der Temps berichtet über einen zwischen England und Frankreich geplanten kolonialen Gebietsaustausch und führt aus, daß derartige Verhandlungen schon 1904 doabsichtigt gewesen seien. Während der letzten deutsch-französischen Besprechungen seien zwischen Paris und London neuerdings verschiedene Pläne erörtert worden, hauptsächlich zu dem Zweck, die Verbindung von Gabon mit dem nördlichen Kongo aufrechtzuerhalten. Zu wiederholten Malen sei auch die Kombination ins Auge gefaßt, daß England außer Vorn noch Soloto, den nördlichen Teil der Goldküste und Gambien an Frankreich abtrete. Frankreich hätte dafür an England das Charigebiet und die meisten Städte in französisch-Indien und den neuen Gebieten zu überlassen, doch sei diese letzte Kombination niemals Gegenstand eigentlicher Verhandlungen gewesen. Auf dieses erwähnte Projekt habe Ministerpräsident Cailaux in seiner Rede am Sonntag angespielt, habe jedoch niemals jene Hypothesen im Sinne gehabt, welche in der belgischen Presse Verurteilung hervorgerufen hätten.

Großbritannien.

Regierungsmassnahmen in bezug auf die Wahlrechtsreform.

London, 8. November. Premierminister Asquith erklärte einer Deputation, die bei ihm bezüglich des Wahlrechts vorstellig wurde, das Wahlrecht des einzelnen dürfe nur davon

abhängen, ob er das Bürgerrecht besitze. In der nächsten Session werde ein Gesetzentwurf eingebracht, durch den jedem erwachsenen Einwohner das Wahlrecht verliehen werde. Niemand solle mehr als eine Stimme haben. Der Gesetzentwurf schliesse das Stimmrecht der Frauen nicht ein, aber es ließe dem Unterhause frei, Frauen in das Wahlrecht einzubeziehen.

Marokko.

Konflikte mit den Eingeborenen.

Tanger, 8. November. Infolge von verdächtigen Krankheitsfällen haben der Gesundheitsrat und die eingeborenen Behörden beschlossen, die Leiden der Mohammedaner und Israeliten nicht mehr ohne Attest eines europäischen Arztes bestatten zu lassen. Die Familie eines heute gestorbenen Eingeborenen verweigerte dem Arzte den Zutritt zu ihrem Hause. Die Bevölkerung hat sich vormittags in der Moschee versammelt, um gegen die Mahnahme zu protestieren. Der Pascha begab sich ebenfalls zur Moschee, um die Versammlung zu leiten. In der Stadt herrscht Ruhe.

Nordamerika.

Wahlen.

In einer Reihe Staaten der Union finden zurzeit politische Wahlen statt, bei denen die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften dieser Staaten, die Kommunalvertreter und die Richter gewählt werden. Zwar haben diese Wahlen mehr lokalen Charakter, doch lassen sie Schlüsse zu auf den Stand der Parteien im Lande. Ein Telegramm über die bisher festgestellten Resultate lautet:

Newyork, 8. November. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden acht Sozialisten in Ohio zu Mayors gewählt. In Schenectady (Staat Newyork) siegen die Sozialisten in der Wahl des Mayors und aller Beamten der Stadt bis auf einen. Die Sozialisten siegen ferner in Michigan, Kansas und New-Mexiko. Die Demokraten siegen in der Wahl der Gouverneure in Massachusetts, Kentucky und Mississippi, während die Republikaner Rhode Island gewannen.

Danach hätten unsere Genossen schöne Erfolge aufzuweisen.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 8. November.

Der heutige Tag wird in der Geschichte der konservativen Partei Sachsens schwarz angeschrieben sein. Die Konservativen, die bei der Landtagswahl im Oktober 1907 eine solche Schlappe erlitten, daß sie aus der ersten führenden Stellung in die zweite gedrängt wurden, sind jetzt heute um eine noch größere Schlappe reicher: Sie sind aus dem Präsidium verschwunden und an ihre Stelle sind die Sozialdemokraten in das Präsidium eingerückt. Daß die Konservativen es so gewollt haben, ändert nichts an der Tatsache ihrer Niederlage.

Seit Wochen wurde in der Presse — es war bezweifelndweise wieder die Deutsche Tageszeitung, die die Frage angeschnitten hatte — die Präsidentenfrage ventilirt. Die Konservativen beriefen sich auf das nirgends existierende Recht, daß die stärkste Partei Anspruch auf den ersten Präsidenten habe, und erklärten drohend, daß sie auf den Vizepräsidentenposten, d. h. auf jeden Posten im Präsidium verzichten würden, wenn ihr Anspruch nicht erfüllt werde. Es hatte allerdings niemand geglaubt, daß die Konservativen diese Drohung wahr machen würden. Doch die Konservativen sind aus einem andern Grunde als die Nationalliberalen, sie haben ausgeführt, was angekündigt wurde. Und wenn sie sich so selbst mit Bewußtsein um ihren Einfluß im Präsidium gebracht haben, so sind sie doch nichtsdestoweniger aus dem Präsidium verschwunden, und die Tatsache allein bedeutet für die einst allmächtige konservative Partei eine Niederlage, die sie nie überwinden wird.

Noch interessanter aber als diese konservative Niederlage ist im Moment die Frage, wie es zu den Ueberwältigungen der Präsidentenwahl gekommen ist. Denn welche von den hundert Kombinationen, die von allen Parteien aufgestellt worden waren, Wirklichkeit werden würde, ließ sich auch nicht mit einiger Sicherheit voraussagen. In der sozialdemokratischen Fraktion war jedoch die Ueberzeugung allgemein, daß die Nationalliberalen auf ihrer alten Bedingung bestehen bleiben und verlangen würden, der sozialdemokratische Vizepräsident solle die verfassungsmäßigen Pflichten, wie sie sie auslegen, übernehmen, und wenn dieser darauf nicht eingehen, auch kein Sozialdemokrat gewählt werden könne. Eingetroffen ist, daß die Nationalliberalen bei ihrer alten Bedingung stehen geblieben sind. Indes sonst kam es wieder einmal ganz anders, als man es gedacht hatte. Bei der Auszählung der Stimmzettel für die Wahl des Präsidenten zeigte es sich zunächst, daß die Sozialdemokraten, nicht wie das letzte Mal, für Dr. Vogel gestimmt hatten, sondern ihre Stimmen auf den Namen Fräßdorf vereinigt hatten. Damit sollte deutlich gegen die Nationalliberalen protestiert werden, weil sie — was schon bekannt geworden war — keinen Sozialdemokraten ins Präsidium zulassen wollten. Da die Konservativen weiße Zettel abgegeben hatten, erhielt Dr. Vogel nur die Stimmen seiner nationalliberalen Parteifreunde und der acht Fortschrittler. Das gab lange Gefächter bei den Nationalliberalen. Dr. Vogel hatte zwar die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, aber immerhin nur 35, die nur eine Minorität der Kammer repräsentierten. Als im letzten Landtage der Vizepräsident Bär mit 37 Stimmen gewählt worden war, bewunderte man den Mut, daß dieser die Wahl annahm. Es war deshalb ein Moment gespanntester Erwartung, als sich Dr. Vogel zur Erklärung über die Annahme oder Ablehnung der Wahl erhob. Wird er annehmen? Oder wird er bei der geringen Stimmenzahl ablehnen? Doch Dr. Vogel erklärte sich trotz der großen Schwierigkeit der Pae zur Annahme der Wahl bereit, hat jedoch, hauptsächlich zur Rechten gewandt, das ganze Haus um seine Unterstützung.

So war die Präsidentenwahl glatt erledigt. Die eigentlichen Schwierigkeiten begannen jetzt erst. Bei der Wahl des Präsidenten hatte der nationalliberale Abg. Hettner den „bewährten“ Präsidenten Dr. Vogel wieder vorgeschlagen. Die Konservativen, die Anspruch auf den Präsidentenposten machten, schwiegen. Bei der Wahl hatten sie weiße Zettel abgegeben. Daraus mußte geschlossen werden, daß die Konservativen sich entschlossen hatten, sich mit dem ersten Vizepräsidentenposten zu begnügen. Die Auszählung der Zettel ergab 33 Stimmen für Dptj, die von den Nationalliberalen und Fortschrittler herrührten, 27 für Fräßdorf und 28 unbeschriebene Zettel, die wieder von den Konservativen her-

rührten. Nun kam der Eklat. Herr Dptj erklärte, daß seine Partei Anspruch auf den ersten Präsidentenposten erhebe, und da dieser verweigert worden sei, komme er einem einstimmigen Beschlusse seiner Fraktion nach, wenn er die Wahl ablehne. Das war das Fatalste, was den Nationalliberalen geschehen konnte! Es war im höchsten Maße widerlich, wie der nationalliberale Fraktionsführer Hettner Herr Dptj anwinkelte, die Wahl anzunehmen, und ein über das andermal versicherte, daß sie ein freundschaftliches Verhältnis zu den Konservativen einnehmen wollten. Doch Dptj und seine Leute blieben fest. Was nun? Da beantragte der fortschrittliche Führer G ü n t h e r Vertagung der Kammer um eine halbe Stunde, damit sich die Fraktionen beraten könnten. Bei der Wiedereröffnung erklärte Herr G ü n t h e r, daß seine Fraktion beschlossen habe, die sozialdemokratische Erklärung zu akzeptieren und deshalb unsern Genossen Fräßdorf bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten unterstützen werde. Die Fortschrittler hatten damit den Nationalliberalen eine Brücke gebaut; sie hätten nur weiße Stimmzettel abzugeben brauchen, dann schon war Fräßdorf gewählt. Doch die Nationalliberalen wollten von neuem, trotz der veränderten Situation, befunden, daß sie für keinen Sozialdemokraten stimmen wollten. Abg. Hettner schlug deshalb den bisherigen zweiten Vizepräsidenten, den fortschrittlichen Abg. Bär, vor. Indes waren es jetzt die Fortschrittler, die Charakter bewiesen, indem sie für Fräßdorf stimmten und dessen Wahl zum ersten Vizepräsidenten sicherten. So war das unmöglich Gehaltene Ereignis geworden — ein Sozialdemokrat war zum Vizepräsidenten gewählt worden. Gar erbaulich war es nun, zu sehen, wie sich die Konservativen und Nationalliberalen bis zum Schluß der Sitzung gegenseitig die Schuld an diesem Ausgange der Dinge beimahen.

Die weiteren Wahlen wickelten sich nun glatt ab. Der Abg. Bär wurde diesmal mit 57 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Als erster Sekretär wurde sodann der Abg. Anders wiedergewählt und Genosse F e i s h n e r als zweiter Sekretär neu gewählt. Merkwürdigerweise waren bei der Wahl der Sekretäre die Konservativen wieder mit Kandidaten auf dem Plane erschienen, die aber, da sie ihre Absicht vorher nicht bekanntgegeben hatten, glatt durchfielen. So sind die Konservativen völlig aus dem Präsidium verdrängt. Den Platz des Abg. Dptj auf der rechten Seite nimmt heute Genosse Fräßdorf und den Platz des konservativen Sekretärs Dr. Schanz neben Fräßdorf Genosse F e i s h n e r ein.

Die Abgeordneten nahmen diesen Ausgang der Wahl des Präsidiums je nach ihrer Parteistellung sehr verschieden auf. Besondere Genugtuung äußerte sich bei den Sozialdemokraten, nicht weil sie überhaupt ins Präsidium gekommen sind, sondern weil dies geschehen ist trotz der Charakterlosigkeit der Nationalliberalen. Dabei können die Nationalliberalen froh sein, daß es so gekommen ist, denn wenn die Fortschrittler ihren Standpunkt nicht geändert hätten, wäre heute nicht nur kein Konservativer sondern auch kein Sozialdemokrat ins Präsidium gewählt worden; dann hätte es nur ein nationalliberal-fortschrittliches Präsidium, das nur die Minorität vertretet, gegeben, womit aber eine ganz unmögliche Situation geschaffen worden wäre. Die nationalliberalen Herrschaften nahmen deshalb die Entwicklung der Dinge mit einem nassen und einem trockenen Auge auf, rechts schnitten sie traurige, links lustige Grimassen. Die Konservativen aber münzten in einer solchen Situation begreiflichen Galgenhumor, der ihnen jedoch bald genug vergehen dürfte. Die anwesenden Minister waren über die Entwicklung der Dinge auf das höchste bestürzt und werden jedenfalls der nationalliberalen Ansicht beipflichten, daß der Starrsinn ihrer konservativen Freunde die ganze Entwicklung der Verhältnisse verschuldet hatte.

Nun, wie sich die Konservativen und die Nationalliberalen mit der neuen Lage abfinden werden, ist ihre Sache. Die Nationalliberalen, noch mehr aber die Regierung, werden dieser allerdings zufälligen Entwicklung nach links Rechnung tragen müssen. Die Sozialdemokratie dagegen ist sich bewußt, daß ihr durch diese neue Situation eine große Verantwortung erwachsen ist. Wir sind aber überzeugt, daß sie sich auch der neuen Situation gewachsen zeigen und damit die nationalliberalen Charakterhelden ad absurdum führen wird. Jedenfalls wird der Tag, der in der Geschichte des sächsischen Parlamentarismus für die Konservativen als ein Unglückstag (Schwarz) angezeichnet ist, für die Sozialdemokratie als ein Ehren-tag hell in roten Lettern glänzen.

Die Präsidentenwahl gibt den Blättern der verschiedenen Parteien Anlaß zu den sonderbarsten Vermutungen. So schreiben die Dresdner Nachrichten:

Es liegt die Annahme nahe, daß zwischen den Sozialdemokraten und den Freisinnigen ein Abkommen bestand, nach dem unter allen Umständen die Sozialdemokratie im Präsidium vertreten sein müsse. Ein solches Abkommen dürfte wohl auch in Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen getroffen sein.

Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß das völlig unrichtig ist, die sozialdemokratische Fraktion hat vollkommen aus eigener Entschlußung gehandelt. Auf eine Erklärung aus konservativem Lager, die in derselben Zeitung abgedruckt ist, kommen wir morgen zurück.

Draconische Strafen!

m. Die Gesetzeskenntnis der Soldaten und die Härten des Militärstrafgesetzbuches werden grell beleuchtet durch folgenden Fall. Die Soldaten Scheiter und Schroter vom 103. Infanterie-Regiment in Baugen besprachen eines Tages, gemeinschaftlich fahnenflüchtig zu werden, ohne zu wissen, wofür schwere Strafe darauf steht. Bei einfacher Fahnenflucht gibt es sechs Monate, aber bei gemeinschaftlicher, nach vorheriger Uebereinkunft erfolgter Fahnenflucht ist das Dreifache die Mindeststrafe — 18 Monate Gefängnis! Ohne sich der Schwere ihrer Handlungswelt bewußt zu sein, verließen sie gemeinschaftlich die Kaserne, um nach der Schweiz zu wandern und sich so der gesetzlichen Dienstpflicht zu entziehen. Der eine, ein schwächlicher, nervenkranker Mensch, der den militärischen Dienst nicht mehr ertragen konnte, und der andere, ein gelagtes Bild, dem gedroht worden war, noch ins Festungsgefängnis gebracht zu werden. Von der Verurteilung gepackt, ließen sie weg. Nur fünf Wochen erkranten sie sich der Freiheit, die sie nun mit unerhörten Strafen blühen müssen. Das Dresdner Kriegsgericht verurteilte Scheiter zu ein Jahr acht Monaten und Schroter zu zwei Jahren Gefängnis! Außerdem wurde auf Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt. Bei Scheiter berückichtigte man strafmildernd, daß dieser eine mangelhafte Erziehung und Jugendaus-

Bildung genossen hat und sich zu krank für den Dienst ge-
fühl haben mag! Nach Ansicht des Gerichts war Schroter bei
der Verabredung die treibende Kraft — das kam strafverfähr-
end in Betracht. — Militärjustiz!

„Grundständig“ abgelehnt. Der Kreisvorstand des Sozial-
demokratischen Vereins für den 18. sächsischen Reichstagswahl-
kreis richtete an den Stadtrat zu Zwickau das Ersuchen um Ge-
nehmigung von Tellerfassungen in den öffentlichen Wähler-
versammlungen. Daraufhin ging dem Geschäftsführer folgendes
Antwortschreiben zu:

Auf Ihr Gesuch vom 27./30. vorigen Monats wird Ihnen
eröffnet, daß hier Gesuche um Genehmigung zu Tellerfassungen
bei öffentlichen politischen Versammlungen zur Deckung
der Kosten für Wahlzettel grundsätzlich abgelehnt
werden, und daß demnach auch Ihr Gesuch keine Berücksichti-
gung finden kann.

Es wäre doch zu interessant, erfahren zu können, welcher Art
die „Grundzüge“ sind, die den Stadtrat zur Ablehnung des Ge-
suchs bewogen haben.

Ein Müller. Die konservative Partei hat im 20. Wahl-
kreis, wo der reformerische Kandidat Sauer, weil jede
Organisation im Wahlkreis fehlt, zurückgetreten ist, den Land-
tagsabgeordneten Rüdiger Dr. Mangler aufgestellt. Dr.
Mangler ein rüchlosloser Draufgänger, der im letzten Land-
tag sich sogar von seinen eigenen Fraktionsgenossen eine Zu-
rückweisung gefallen lassen mußte, als er als Deputations-
berichterstatte die Sozialdemokratie anpöbelte.

Die Anklage und die sächsische Regierung. Die in
Dresden tagende Versammlung der sächsischen Kinematographen-
besitzer richtete eine Petition an den sächsischen Landtag, am
Tagesanfang die Aufführung erster Stücke zu gestatten, an das
Sächsische Ministerium eine Eingabe um Schaffung einer ein-
seitigen Zensur wie in Berlin.

Dresden. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde gegen den
Beamten der Ordre-Kasse Gustav Hippo verhandelt, der einem
andern Beamten gegenüber die Keuschung getan hatte,
er (Hippo) wolle Fräulein, den Vorstehenden der Kasse, nieder-
schlagen wie einen toten Hund, wenn er seinen Prozeß gegen die
Kasse verliere. Hippo war wegen Verleumdung des Rassenvor-
standes ohne Kündigung entlassen worden. Er klagte und wurde
vom Landgericht abgewiesen. Das Oberlandesgericht hob das
Urteil auf und erklärte die Entlassung als zu unrecht erfolgt.
Das Reichsgericht bestätigte dieses Urteil. In dem jetzigen Pro-
zeß beantragte der Amtsanwalt, Hippo zu bestrafen, weil die
Keuschung als Verleumdung aufzufassen sei. Das Gericht sah
zwar die Keuschung als erwiesen an, sprach aber Hippo frei,
weil er nicht die Absicht und das Bewußtsein gehabt habe, daß
die Keuschung zur Kenntnis Fräuleins kam.

Seine Nachrichten aus dem Lande. Vor einigen Tagen
wurde in Meichenbach der 14jährige, nicht ganz zurechnungs-
fähige Sohn der Witwe Gräfe erhängt aufgefunden. Man nahm
Selbstmord an und gab die Leiche frei. Wie sich jetzt heraus-
gestellt, hat die Mutter den Sohn im Schlaf erdrosselt und ihn
dann am Bettposten aufgehängt. Die Wirtin wurde ver-
haftet. — In Meichenbach wurde der Melchiorer Bruno Schre-
ber von einem Personenzug überfahren und schwer verletzt. —
In Seiffenbrunn hat sich der Kaufmann Hermann
Kaschke im Bett erschossen. Wahrscheinlich sind Nahrungsvor-
räte der Grund zu dem Selbstmord. — Auf der Gewerkschaft des
Braunkohlenwerks Viktoria bei Zschützdorf ereignete sich eine
Kohlenexplosion, wodurch fünf Arbeiter mehr oder minder
schwere Wundwunden davontrugen.

Hus den Nachbargebieten.

g. Halle. Bei der Stadtverordnetenwahl wurde von den
bürgerlichen Wählerpartei mit einem unerhörten Terroris-
mus gearbeitet. Trotz der Stimmentragung für unsere Partei
verloren wir die beiden Mandate in der Altstadt. Unter dem
Druck der Verhältnisse getrauten sich viele dreiklassige Wähler
nicht, offen Farbe zu bekennen. — In den Vororten wurden
unsre beiden Kandidaten, die Genossen Weige und Emmer, wieder
mit ganz bedeutenden Majoritäten gewählt.

Auf die Liste der Bürgerlichen stiegen in der Altstadt rund
7100 Stimmen, während die Sozialdemokraten nicht ganz 6200
Stimmen aufgebracht hatten. In Siebischstein vereinigten die
sozialdemokratischen Kandidaten ungefähr 1800 gegen 600 Stim-
men der bürgerlichen Kandidaten auf sich.

Erfurt. In der hiesigen Gewerkschaft wollte der Vor-
arbeiter Reinhardt das steckengebliebene Schwungrad einer Ma-
schine in Bewegung setzen. Dabei zog er sich nicht schnell genug
zurück, so daß er von einem schweren Eisenhobel mit großer
Wucht auf den Kopf getroffen wurde. Er verstarb auf dem
Transport zum Krankenhaus. Der Verunglückte hinterläßt eine
Witwe und sechs Kinder.

Apolda. Bei der Gemeinderatswahl am Dienstag wurde
der einzige Sozialdemokrat, der im Gemeinderat saß, heraus-
gewählt. Das geltende Gemeindegewalt gibt der Arbeiter-
schaft nicht die Möglichkeit, aus eigener Kraft Siege im Gemein-
rat zu erringen. Bis her haben die Bürgerlichen jedoch einen
Sozialdemokraten immer mitgewählt. Da dessen Tätigkeit ihnen
nun ungenügend zu werden scheint, haben sie ihre Macht gebraucht,
ihn zu entfernen.

Gerichtslaal.

Landgericht.

Ein Palettmörder. Der Regellehrer Friedrich Paul
Kämpfe aus Prießwitz, der in einem Vergnügungslokal in
der Nacht vom 9. zum 10. Oktober einen Paletot gestohlen hatte,
wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er
hatte von dem Recht des Angeklagten, seine Schuld hartnäckig zu
leugnen, ausgiebig Gebrauch gemacht, was ihn aber nicht ab-
hielt, um eine milde Strafe zu bitten.

Radfahrer. Der Schlosser Heinrich Wunderlich
und der Arbeiter Joseph Heinrich Sieber waren angeklagt,
in der Gottschew- und Windmühlstraße Radradiebstahl aus-
geführt oder Helferdienste dazu geleistet zu haben. W. wurde zu
drei Monaten Gefängnis und einem Jahre Ehrverlust,
S. zu einem Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust
verurteilt. Wegen Beihilfe zur Hehlerei erhielt noch ein jetzt als
Soldat dienender junger Markthelfer, St., eine Woche Ge-
fängnis subsidiär.

Schöffengericht.

Streiklinder. Vor der Fabrik von Bleichert u. Co.
stand der Arbeiter K. auf Streikposten, als er die arbeitswilligen
Arbeiter Swiatek und Müller aus der Fabrik herauszutreiben
sah. Nach der Schilderung dieser beiden nützlichen Elemente ist
K. plötzlich von hinten auf sie mit solcher Heftigkeit zugekommen,
daß sie fürchtbar erschrocken waren. K. habe sie Streikbrecher
genannt und sie aufgefordert, sich zu schämen. Dann soll K. sie
noch erstickt haben, aus der Fabrik heraus und in den Verband
hineingehen, sonst würde er ihnen die Fr... voll haue.
Nach § 159 G.O. wurde der Streiklinder zu einer Woche
Gefängnis verurteilt.

Vertraute Rohheit. Mit einem Freunde lehrte eines Nachts
der Postler Ernst Karl Trebs heim; auf der Straße stand
ein Mann, der seinen Haus Schlüssel vergessen hatte und nun be-
nötigt war, sich durch Pfaffen bemerkbar zu machen. Er mochte
sich über das Pfaffen, aber der Mann erwiderte ihm, daß er sich
das nicht verbieten lassen werde. Er zog nun einen Schlüssel-
bund aus der Tasche und schlug damit auf seinen Gegner so roh
ein, daß dieser blutüberströmt zusammenbrach. Er erhielt für
seine rohe Tat fünf Monate Gefängnis subsidiär.

Jugendgericht.

Bei den ersten selbständigen Schritten in das Leben ge-
strauchelt ist der 17jährige alle W. aus R. Er hat Formel ge-
lernt, aber nur 5 Mk. wöchentlich verdient; er war zu schwach
und hatte sich eine Venenkrankheit zugezogen. Er bat daher seinen
Vater um Geld, damit er nach Leipzig fahren und sich leichte
Arbeit suchen könne. Hier ging er aber nicht zu seinen Vor-
wänden, sondern trieb sich umher, und da er kein Geld mehr
hatte, stahl er von der Straße ein Rad, um es zu verkaufen.
In einer Wirtschaft hatte er die Bekanntschaft des schon vielfach
auch mit Zuchthaus bestrafenen Arbeiters Otto Weber gemacht,
der sich erbot, das Rad zu verkaufen, wenn ihm die Hälfte des
Erlöses zufalle. Der Käufer zahlte 5 Mk. an; W. benutzte nun
seinen Teil zum Kauf von Nahrungsmitteln. Als beide am an-
deren Tage beim Kellner holer wollten, wurden sie verhaftet.
W. bekam wegen Diebstahls drei Wochen und Weber wegen Heh-
lerlei 5 Wochen Gefängnis; jedem wurde eine Woche der Unter-
suchungshaft als verbüßt angerechnet. W. soll eine Bewährungs-
frist erhalten. Gegen ihn wurde der Haftbefehl aufgehoben.

Ähnlich wie W. war es der 17jährige R. aus Chemnitz er-
gangen. Sie ist Fürsorgezögling und schon einmal wegen Ge-
werbsüchtheit mit einem Verweis bestraft. Vor drei Wochen
hatte sie ihre Stellung als Dienstmädchen aufgegeben und war
nach Leipzig gefahren. Hier hat sie mehrmals in Gasthäusern
übernachtet; sie gab an, von einem Zirkusherrn mit Geld unter-
stützt worden zu sein. Dann hat sie eine Kuchlöffel als
Kellnerin angenommen, ist aber noch an demselben Tage unter
Nahme der Tageskasse in Höhe von 9 Mk. wieder fortge-
gangen. Sie wurde zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt, die durch
die Untersuchungshaft als verbüßt gelten; weiter wurde sie der
Fürsorgezöglinge zugeführt.

Die 14jährige G. ist ebenfalls Fürsorgezögling. Sie hat
1900 einer Herrschaft, bei der sie in Stellung war, 20 Mk. und
1911 einer Kellnerin verschiedene Leinwände gestohlen. Die
Kellnerin, in der sie sich jetzt befindet, stellt ihr ein gutes Zeugnis
aus. Das Gericht erkannte auf drei Wochen Gefängnis; auch
hier soll eine Bewährungsfrist eintreten.

Wegen Genußmittelenwendung und Diebstahls hatte sich der
18 Jahre alte Kleinstnecht R. zu verantworten. Seine Mutter

gab an, sie habe nicht die Mittel gehabt, den Jungen etwas
lernen zu lassen; da sei er nun bald hier, bald dort beschäftigt
gewesen. Im Mai war er drei Wochen auswärts als Knecht in
Stellung, er wollte aber gern wieder nach Leipzig, und da er
keine Mittel hatte, stahl er einem Kollegen eine Dose, eine Tabaka-
pfeife und ein Taschenmesser. Die Dose zog er an, die Pfeife
verkauft er und das Messer will er verloren haben. Außerdem
wurde ihm noch zur Last gelegt, in den drei Wochen 10 bis
20 Eier vom Nest gestohlen und ausgetrunken zu haben. Die
Dose hat er später wieder zurückgegeben. Wegen des Dieb-
stahls erkannte das Gericht auf 4 Tage Gefängnis, die Genuß-
mittelenwendung wurde mit einem Verweis geahndet. R. soll
unter Schulaufsicht gestellt werden.

Schwere Sorge macht der Schüler R. seiner Mutter; sein
Vater ist vor zwei Jahren gestorben. Als kleiner Junge hat
R. schwere Krankheiten durchgemacht, auch soll er einmal aus
dem zweiten Stockwerk abgestürzt sein. Seit der Zeit ist er
manchmal recht merkwürdig und schwer zu behandeln. So
schwänzte er oft die Schule, auch dann, wenn ihn die Mutter bis
an das Schultor gebracht hatte. Im vergangenen Sommer stahl
er seiner Mutter und seinem Bruder Uhr und Kette und seiner
Schwester Armband und Ring und verkaufte die Gegenstände auf
dem Viehhause. Auch borgte er sich auf den Namen seiner Mutter
bei Geschäftleuten Geld, und einem Schiefermeister, für den er
schon immer Wege besorgt hatte, unterzeichnet er 9 Mk. Einen Teil
des Geldes verwendete er zu einem Besuch bei seiner Tante in
Wetzelau, das andre Geld gab er mit Schulfreunden aus. Jetzt
ist R. in Fürsorgezögling. Der Kultusinspektor bezeichnet R.
als unzuverlässig, er tue zwar alles, was verlangt werde, so-
lange er sich beobachtet fühle, er sei aber auch allen Stimmungen
und besonders auch den schlechten, unterworfen. In der Be-
handlung sei bei ihm im Guten mehr zu erreichen, als mit
Strenge. In einem ärztlichen Gutachten wird R. als geistig
normal bezeichnet, doch hat er eine anormale Schädelbildung.
Das Urteil lautete auf 18 Tage Gefängnis. R. sei ein körper-
lich zurückgebliebener Junge, auch geistig sei er vielleicht nicht
weit fortgeschritten, aber die Erkenntnis zur Strafbarkeit seiner
Handlung habe er doch gehabt. Wenn nun dem Jungen auch
eine Bewährungsfrist zugestanden wird, so sprechen doch alle
Zeichen dafür, daß es sich um einen pathologischen Fall handelt,
der überhaupt nicht vor den Strafrichter gehört.

Vereine und Versammlungen.

Fabrikarbeiter.

Die Sektionen der Chemischen und Gummiarbeiter hielten
im Volkshaus gemeinschaftlich ihre Jahresversammlung ab. Den
Tätigkeitsbericht selber Sektionen gab der Agitationsleiter
Hilger. Daraus ist hervorzuheben, daß sich in der Sektion
der Chemischen Arbeiter 87 Sitzungen und 98 Betriebsversam-
mlungen notwendig gemacht haben. Mitgliedsaufnahmen waren
100 zu verzeichnen. In der Gummiarbeitersektion sind 26
Sitzungen und 37 Betriebsversammlungen abgehalten worden.
Neu aufgenommen wurden 143 Mitglieder. Nachdem der Ver-
trichterstatte die Notwendigkeit der Vereinigung selber Sektionen
begründet hatte, wurde dieselbe nach kurzer Aussprache ein-
stimmig beschlossen. Fortan soll die Sektion der Chemischen Grob-
industrie heißen. Die Neuwahl der Leitung ergab die Wieder-
wahl der bisherigen Mitglieder. Außerdem wurden aus der
Chemischen Industrie drei, aus der Gummiindustrie ein Mitglied
hingewählt. Unter Verschiedenem wurde folgende Resolution
einstimmig angenommen: Die heute versammelten Arbeiter und
Arbeitertinnen der Chemischen und Gummiarbeitersektion ver-
urteilen aufs schärfste, daß die Konsumvereine, und hauptsächlich
der Konsumverein Leipzig-Plagwitz, immer noch von solchen
Firmen Seife beziehen, die ihren Arbeitern das gesetzliche Koali-
tionsrecht verweigern. Die heute hier Versammelten beauftragen
die neugewählte Sektionsleitung in Gemeinschaft mit der Ver-
waltung, sich an die Arbeiterinstitute zu wenden, damit in dieser
Angelegenheit Abhilfe geschaffen wird. Sie wünschen noch, daß
die erste Arbeit der Sektion sein soll, sich mit dem Konsum-
verein in Verbindung zu setzen, damit diese Angelegenheit geregelt
wird, und hoffen, daß der Konsumverein den Wunsch akzeptiert
und in dieser Sache Hand in Hand mit der Organisation geht.

Rüchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:

Speisenkarte I (Vorbereitung): Saure Kartoffelsuppe mit Schweinefleisch.
Speisenkarte II (Zwischenmahl): Milchsuppe mit Butterbrot.
Speisenkarte III (Mittagsmahl): Braten mit Schwarzwild.
Speisenkarte IV (Abendmahl): Braten mit Butterbrot.
Speisenkarte V (Abendmahl): Braten mit Schweinefleisch.
Speisenkarte VI (Abendmahl): Kartoffelsuppe mit Schinkenfleisch.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werden neuer Abonnenten für die Volkszeitung.

Für schwächliche Kinder

Welche Mutter wünscht nicht, daß ihre Klei-
nlinge sich prächtig entwickeln, daß sie recht gesund
und munter sind?

Welche Mutter möchte nicht alle schädlichen
Einflüsse auf Körper und Geist von den Kindern
fernhalten, damit sie das werden, was das Mutter-
herz ersehnt und erträumt: gesunde, glückliche
Menschen?

Welche Mutter hat aber noch nicht mit Sorge
beobachtet, wie unmunter trotz aller Pflege die
Kleinen nicht vorankommen, sondern in der Ent-
wicklung zurückbleiben?

Die Anstrengungen der Schulzeit, unrichtige
Ernährung (zu viel Fleisch, Kaffee, Süßigkeiten
usw.) machen nicht besonders widerstandsfähige
Kinder, manchmal nervös, reizbar, übelkaltig,
appetitlos, unwillig zum Spielen und Lernen.

Es wäre verkehrt, die Kinder damit noch zu
quälen, zum Essen zu zwingen usw. Es ist ganz
unnötig, weil man diese nervösen Schwächezu-
stände, Appetitlosigkeit, Wachstumsstörungen usw.
leichter und natürlicher beheben kann.

Man gebe den Kindern eine Zeitlang früh,
mittags und abends einen kräftigen Kaffeebrot
flüssige Eisen-Somatose — mit der gleichen Menge

Wasser verdünnt — pur oder in Milch, Kakao,
Suppe, Gemüse usw.

Gar bald merkt die Mutter mit Genugtuung,
wie die Kleinen aufzuleben beginnen und allmäh-
lich ihre frühere Munterkeit, Schlaf, frische Ge-

sichtsfarbe wieder erlangen, wie die Freude am
Spielen und Lernen sich erneut einstellt.

Diese Erfolge der Eisen-Somatose beruhen auf
ihrer eigenartigen Fähigkeit, den Appetit, die
Verdauung und den gesamten Stoffwechsel natür-
lich und nachhaltig anzuregen und zu fördern.
Dadurch begünstigt die Eisen-Somatose eine grün-
liche Ernährung des ganzen Körpers mit Gewichtszu-
nahmen, die eine reichliche Speisefuhr allein
nicht erzielen kann.

Kein Wunder, daß die Verbreitung der Eisen-
Somatose in ihren verschiedenen Gebrauchsformen
in allen Kulturländern, ihr Ansehen bei den mah-
gebendsten Sachverständigen — den Ärzten —
und ihre Beliebtheit hinaus bis in die allerhöchsten
Kreise einzig dasteht.

So wurde z. B. in einem Vortrage des Berliner
Hausfrauenvereins vom 18. März 1908 berichtet:
Die Somatose wurde auch von den Kindern unseres
Kaiserpaares mit durchweg gutem Erfolg angewandt
und ist denselben außerordentlich gut bekommen.

Wer darum die Eisen-Somatose wählt, hat die
Gewißheit, nicht nur ein absolut vertrauens-
würdiges Mittel zu erhalten, sondern das best-
bewährte seiner Art überhaupt. Für Kinder ist
besonders geeignet die Eisen-Somatose (Somatose
mit 2% Eisen in org. Bindung).

Man verlange die Eisen-Somatose in der nächsten Apotheke oder Drogerie. Entweder flüssig (mit süßem Geschmack)
in Originalflaschen zu M. 2.75, oder in Pulverform (geschmacklos). Vork. letzterer sind Dosen zu M. 1.00, M. 3.—,
M. 5.75 und M. 14.00 erhältlich. Für längeren Gebrauch sind die großen Packungen als etwas vorteilhafter zu empfehlen.

Eisen-Somatose

[8947]

Achtung!!

Nur v. hoch. Herrschft. u. Kavaf.
f. wen. getr. Sach. w. neu. sein.
Nah-Arbeit, reine Wolle.
Anzüge, Paletots u. Hüster
die 70—100 A gekostet haben,
für 8, 12, 16, 20 A.
Einzeln Jacketts, Hosen,
Westen von 1.— A an.
Gesellschafts-Anzüge sehr
billig, auch leihweise.
Tauscher
Mandel, Strasse 22, 1.

Monatsgarderobe

500 eleg. Winterpaletots u.
Hüster, jede Weite und
Größe, kompl. Mod. u. Jackett-
Anzüge zu bill. Preisen. Paletots,
die 100 Mark gekostet haben
werden von 15 bis 40 Mk. ver-
kauft. Eleg. Frack- und Gesell-
schaftsanzüge, auch leihweise.

Schau!

Große Fleischergasse 10, 1.
Gasthaus Goldne Krone.

Schuhwaren

kauft man in anerkannt guter
Ware zu billigen Preisen bei
A. Günther
Lindenau, Aueltonstr. 38,
— an der GutsMuthsstraße. —
Große Auswahl in
Filz- und Schnallentiefeln.
Reparaturen schnell und sauber.

Oeffentliche politische Versammlung.

Kleinzschocher.

Freitag, den 10. November, abends 7/9 Uhr
Große Volks-Versammlung
im Saale der Terrasse.

Tagesordnung:
Die Stellung der Frauen zur Reichstagswahl.

Referentin: Genossin **L. Baumann-Hamburg.**

Freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch der Genossen und deren Frauen erwartet
Der Vorstand des Ortsvereins Kleinzschocher.

J. A.: Karl Krüger, Bahnhofstraße 18, II.

NB. Die Generalversammlungsvorsteher des ob. B. erhalten in der Berf. ihre Karten. D. 0

Für Mutters Liebling
empfehlen der
Baby-Bazar
seine sämtl. Artikel
in größt. Auswahl
bei billigst. Preisen.
Bettfedern u. fert.
Bettens. bill. u. best.



Paul Prinsky, Lindenau
*2977| Gundorfer Straße.

Billig und gut!
Hygienische Gummiewaren
z. Wochen- u. Ge-
sundheitspflege.
Kein Laden
Frauenbedienung.



Altmann & Co., Lindenau
Odermannstraße 2. | *

Viel billiger
und schöner
als jede andere Be-
leuchtung ist
Petroleumglühlicht
„Saxonia 1911“
Bring. Sie Ihre Lampe
zu **Baldwin Oehme**
Barlussaße 15. *



Oetker's Rezepte



gelingen immer.

Man versuche:

Biskuit-Kuchen.

Zutaten: 8 Eier, 300 g Zucker, 1/3 Päckchen von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, 300 g Mehl, 1/2 Päckchen von Dr. Oetker's Backpulver.

Zubereitung: Eier, Zucker und Vanillin-Zucker werden schaumig gerührt, dann nach und nach das mit dem Backpulver gemischte Mehl hinzugegeben. Die fertige Masse wird in eine mit Butter ausgestrichene Form gefüllt und bei mäßiger Hitze etwa 7/8 Stunde gebacken.

Schuhwaren-Enghardt
Südplatz 2
:: Billige Preise. ::
Eingang Körnerstr.
:: Große Auswahl. ::

Hosen Hühne
L.-Lindenau, Markt 4
Hosen aller Größen
und Qualitäten.
BERUFSKLEIDUNG
Enorme Auswahl. Billigste Preise.

Leipziger Beerdigungs-Anstalt „Pietät“
Teleph. 582 **Feuerbestattung** Teleph. 582
28 Matthäikirchhof 28
Zweiggeschäfte: L.-Lindenau, Odermannstr. 10.
L.-Volkmarzdorf, Konradstr. 41.

Zigarren-Langer
neben dem Volkshaus

Familienanzeigen.
Für die herzlichste Teilnahme
beim Tode unsres lieben, un-
vergeßlichen Kindes
Erna Richter
sagen wir allen Verwandten und
Bekanntem sowie ihrem Herrn
Lehrer und Lehrerin und Mit-
schülerinnen, ferner Herrn Pastor
Berger für die trostreichen Worte
am Grabe unsern herzlichsten
Danke. [22088]
Schönefeld, 8. Nov. 1911.
Bernhard Richter und Frau
nebst Kindern.

Jeder staunt!
Nur von feinsten Kavaliereu,
Studenten wenig getragen. Socken.
Englische Stoffe, feinste Maß-
arbeit, auch auf Seide.
Anzüge und Paletots
die neu bis 100 M. gekostet haben,
8, 12, 16, 20 M.
Grad- und Gehrod-Anzüge
staunend billig, auch leihweise.
Kanner
Querstrasse 32, I.
Gde Schützenstraße.

Am Dienstag abend verschied
im Kinderkrankenhaus nach
schwerem Leiden unser herzeng-
gutes Töchterchen
Hanni
im zarten Alter von 3 Jahren
7 Wochen. In tiefster Trauer
L.-Lindenau, 8. Nov. 1911
Mielandstr. 18, III. [22089]
Albert Lehmann u. Familie.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, nachm. 2 Uhr, von der
Halle des Lind. Friedh. aus statt.

Deutscher Kürschner-Verband.
Zahlstelle Markranstädt.
Mittwoch früh verstarb nach langem Leiden unser
jugendlicher Kollege
Paul Winkler
im Alter vom 18^{en} Jahren. Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet Sonnabend, 11. Nov., nachm.
3 Uhr, vom Trauerhause, Zwenauer Str. 8, aus statt.

Nach langem schwerem Leiden verschied im Kranken-
hause St. Jakob unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin
und Tante, Frau
Klara Oertel geb. Oberländer
L.-Möckern, L.-Lindenau, Papiß, Philadelphia.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Familie Oberländer.
Die Beerdigung findet Sonnabend, vorm. 1/10 Uhr,
vom Krankenhause aus statt. [22084]

Sierdurch die traurige Nachricht, daß unsere liebe
Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und
Schwägerin, Frau
Jul. verw. Seidel
nach kurzem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
L.-Lindenau, den 8. November 1911
Sitzelstraße 8. [22048]
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 11. November,
nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Geschäftsstelle:
Hofhaus, Selzer
Str. 82, Post. rechts,
S. I. Teleph. 12140.
Zentralverband der Schmiede
Zahlstelle Leipzig.
Bureauzeit:
vormittags 9-10 Uhr
mittags 12-1 Uhr
abends 6-8 Uhr.

Sonnabend, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Volkshaus (Gartenaal).
Tagesordnung: 1. Vortrag über Rechtsfragen. Referent: Arbeitersekretär
O. Mylan. 2. Abrechnung vom III. Quartal. 3. Gewerkschaftliches. [22086]
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Ortsverein
Plagwitz - Lindenau - Schleussig.
Freitag, den 10. November, abends 7/9 Uhr
Mitglieder - Versammlung
in der Turnhalle, Lindenau, Calvisiusstraße.
Tagesordnung:
1. **Deutschlands Kolonialpolitik.**
Referent: Genosse **M. Rank.**
2. Partei- und Vereins-Angelegenheiten. [21982]
Die Generalversammlungsvorsteher haben ihre Karten
zur Kreisversammlung in Empfang zu nehmen.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.
Sonntag, den 26. November (Totensonntag), im Felsenkeller
Theater-Abend
ausgeführt von der Dramatischen Abteilung des Ortsvereins.
Johannisfeuer.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Eintrittskarten à 25 Pfg. Stellen zu haben.

Metallarbeiter-Verband.
Geschäfts-
stelle Volkshaus Zeltzer Str. 32
Portal rechts, I.
Bureauzeit: vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr.
Telephon 3784.
Die **Bibliothek** steht allen Mitgliedern unentgeltlich
zur Verfügung. Bücher können während der Bureauzeit
entliehen werden.
Klempner. Freitag, den 10. November, abends
7/9 Uhr, **Oeffentl. Versammlung**
im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Vortrag
des Genossen **Rob. Horn** über: **Napoleon Bonaparte.**
Sein Aufstieg und sein Niedergang. Ein
Lebensbild m. Landkarten u. Tafeln. 2. Verschiedenes.
Wir bitten dringend um vollzähliges Erscheinen.
21902] **Die Werkstellenkommission.**
Sonnabend, den 11. November, **Grosses**
Osten. Herbst-Vergnügen im Albergarten.
Phänomenale künstlerische und humoristische Auf-
führungen. Anfang 8 Uhr. [21908]

Gemeinsame Ortskrankenkasse
Markranstädt.
Sonntag, den 10. November 1911, nachm. 2 1/2 Uhr
Generalversammlung
im Restaurant **Sonnenhof**, hier.
Tagesordnung:
1. Wahl dreier Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung
1911. 2. Wahl eines Arbeitgeber- und dreier Arbeitnehmer-
Vorstandsmitglieder. 3. Genehmigung des mit Herrn Zahn-
arzt Dous abgeschlossenen Vertrages. 4. Anträge.
Letztere sind bis zum 15. November 1911 im Kassensureau
einzubringen.
An dieser Versammlung dürfen nur die Vertreter der
Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilnehmen, denen die zum Eintritt
berechtigenden Legitimationskarten zugehen.
Markranstädt, am 8. November 1911. [22047]
Der Kassenvorstand.
L. Buckisch, Vorsitzender. **Holarich Lange**, Schriftführer.
Turnerbund L.-Stötteritz.
Die auf Sonnabend, den 11. November, anberaumte
Mitgliederversammlung
wird wegen dem Fest der Arbeiter-Abfahrer auf unbestimmte
Zeit verlegt. [22089]
Sonnabend, den 11. November, in der **Papiermühle**
Abend-Unterhaltung.
Der Kurvorf.

Montag, 13. Nov., abends 8 Uhr im gr. Centraltheateraal
Oeffentliche
Versammlung
Eintritt frei Diskussion! Eintritt frei
Geh.-Rat Prof. **Wilh. Ostwald:**
Das Christentum als Vorstufe d. Monismus
Dr. Ernst Horneffer:
Die religiöse Krisis der Gegenwart
Referierte Klappzettel zu 50 Pfg. bei H. Coppins, Petersstraße, Dinkelsche Buch-
handlung, Burgstraße und an der Abendkasse
Deutscher Monistenbund * Ortsgruppe Leipzig

Sänger-Abteilung
des Ortsvereins **L.-STÖTTERITZ**
Die Uebungsstunden finden von jetzt
:: ab unter der Leitung des Herrn ::
Paul Michael
Montags im **Deutschen Haus**
:: :: statt. ::

Ortsverein Gutritsch, Sönger-Abteilung
Die Uebungsstunde findet umständehalber Sonnabend, den
11. November, im **Gosenschlösschen** statt.
Das Erscheinen aller ist Pflicht.
Erste Lindenauer Handschuh-Fabrik
Merseburger Str. 82 **O. Papesch** Merseburger Str. 82
Krawatten, Wäsche, Hüte, Schirme, Stöcke,
Trikotagen, Hosenträger, Glacé, Hirschleder,
Trikothandschuhe mit u. ohne Futter für Damen u. Herren.
Volkzeitung liegt auf. [7884]

Walter Ludwigs Liniment
vorzügliche Einreibung bei Gicht
Rheumatismus, Hexenschuß
Rücken- und Nervenschmerzen. Flasche 1.50 Mk.
nur **Salomonis-Apotheke, Grimmische Str. 17.**

M. Reymond:
Das Weltall
Illustrierte Entwicklungsgeschichte
der Natur mit 500 Abbildungen, 1 Stern-
und 1 Erdkarte, 4 geologischen Landschaften
in Farbendruck, über 720 Seiten, Prachtband
nur **Mk. 3.-**
Aussergewöhnlich günstiges Angebot!
Zu Geschenkwzwecken und auch
für Bibliotheken besonders geeignet
Volksbuchhandlung
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21
und die Filialen

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 9. November.

Geschichtskalender. 9. November 1818: Der russische Dichter Gogol...

Sonnenaufgang: 7,11, Sonnenuntergang 4,16. Monduntergang: 11,10 vorm., Mondaufgang: 5,50 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 10. November. Südwestwinde, wolfig, milde, zeitweise leichter Niederschlag.

Aus dem Stadtverordnetenparlament.

Die gestrige Sitzung des Kollegiums war trotz der umfangreichen Tagesordnung nur von kurzer Dauer.

Der Vorsteher teilte noch mit, daß er für die nächste Sitzung die Wahl der Stadträte auf die Tagesordnung zu setzen gedenke.

Beim Konto Elektrizitätswerk kam es zu einer kurzen Debatte, weil die Ausschüsse bei Position 9 statt 30 000 Mk. 40 000 Mk. einsetzten...

Längere Ausführungen wurden von Herrn Reinhardt bei der Ratsantwort gemacht auf eine Eingabe der Hebammen.

An die öffentliche Schloß sich eine geheime Sitzung.

Die Speisung der Schulkinder.

Die Interessiertheit, mit der das Leipziger Bürgertum die Schulkinder speisung behandelt, zeigt sich deutlich darin, daß sich kaum 50 Personen zu dem Vortrag von Fr. Helene Simon gestern...

Interessante Mitteilungen über die Speisung der Schüler in den Schulen, und wovüber wir schon mehrfach berichtet haben.

der Staat hier eine soziale Aufgabe zu erfüllen haben, die eine Folge unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse...

In Frankreich, England, Holland und in der Schweiz bestanden gesetzliche Bestimmungen über die Schulkinder speisung.

Interessant ist die Diskussion. Es war nämlich zu beobachten, daß die Schulmänner ohne Ausnahme die große Not der Schulkinder zu beschönigen versuchten.

Das amtliche Ergebnis der Gewerbevereinswahlen der Arbeitervertreter.

Table with 5 columns: Wahllokal, überhaupt, gültige, Stimmgelt, un-gültige. Rows include Kitzing u. Helbig, Sanssouci, etc.

Grundstücksverkäufe im Oktober. Bedante Grundstücke wurden 109 für 18 698 758 Mk. und unbebaute 28 für 1 883 322 Mark verkauft.

Selbstmordversuche. Gestern nachmittag versuchte sich ein 20jähriger Arbeiter aus R.-Neustadt an seiner Arbeitsstelle in der Sternwartenstraße mit Schwefelsäure zu vergiften...

Wieder ein Stillschleppender. Von einem schamlosen Menschen sind in der Platzstraße wiederholt Schulmädchen mit unzüchtlichen Redensarten belästigt worden.

Unfälle. Gestern abend in der zwölften Stunde glitt auf dem Rathausgang ein Former aus Leuscha beim Aufspringen auf die Straßbahn von Trittbrett ab...

Diebstähle. Gestohlen wurde aus einer Wohnung der Fischschützenstraße in L.-Plagwitz ein Geldbeutel und eine goldene Herren-Memontouhr...

Aus einem Garten an der Meudorfer Straße wurden eine Anzahl Männerkleidungsstücke und mehrere Werkzeuge gestohlen.

Verhaftungen. Im März d. J. waren in Leuscha vier Familien empfindlich bestohlen worden. Der Dieb hatte es abgesehen, wenn die Bewohner sich sämtlich entfernt hätten...

Während einer Wahnfahrt von Magdeburg nach Dresden hat ein Reisender ein wertvolles feinesches Fernrohr mit der Nr. 131 073, ein sogen. Marienglas, liegen lassen.

Ermittelt und festgenommen wurde hier ein von 6 Gerichtsbehörden wegen Kautionschwindels und anderer Betrügereien verfolgter 31 Jahre alter Reisender aus Reuscha...

Theaternachrichten.

Neues Theater. Freitag: Die Abreise; Das heißt Essen, musikalisches Lustspiel von Max Wolff (Vertrauensführung).

Wie bereits gemeldet, wird zur Feier des 100. Todestages Heinrich von Kleists (21. November) des Dichters Schauspiel Die Hermannschlacht im Neuen Theater neu einstudiert gegeben.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, im Alten Theater 7/8 Uhr.

Reinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Freitag: Dr. Wesppe. Sonnabend: Der Familientag.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, im Alten Theater 7/8 Uhr.

Baltenberg-Theater. Freitag: Die Räuber. Sonnabend: Ein toller Einfall. Sonntag: Die Räuber.

Aus der Umgebung.

Schönefeld. Von einem schweren Unglück ist die hier in der Dimpfstraße 31 wohnende Familie Schneider betroffen worden.

Sommerfeld. Tierseuche. Hier ist erneut die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Während die hiesige Gemeinde den Sperrbezirk bildet...

Tauscha. Nahrungsmittelverkauf. Der Stadtrat hat mit Rücksicht auf die Nahrungsmittelteuerung beschlossen, einen öffentlichen Seefischverkauf einzuführen.

Tauscha. In der Stadtverordnetenversammlung vom 3. November gab der Rat bekannt, daß die Schulgeldermäßigungen in Zukunft jährlich zweimal erfolgen...

Sächsischer Landtag.

2. Präliminarrückung vom 8. November, vormittags 11 Uhr. Die öffentlichen Tribünen sind wiederum stark besetzt.

Wahl des Präsidenten.

Es wird zunächst die Präsenzliste festgestellt. Danach fehlen die Abgg. Wexel (nat.-lib.) und Wunderlich (konf.), es sind also 89 Abgeordnete anwesend.

Vor Eintritt in die Wahlhandlung erhält Abg. Reitter (nat.-lib.) das Wort zur Geschäftsordnung.

Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat: Es werden insgesamt 88 Stimmzettel abgegeben, davon 28 weiße; es verbleiben somit 60 gültige Stimmen, so daß die absolute Mehrheit 31 beträgt.

Präs. Dr. Vogel: Danach ist die Wahl auf mich gefallen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Ich sage allen denen, die mir durch Abgabe ihres Stimmzettels ihr Vertrauen ausgesprochen haben...

Es wird darauf zur Wahl des ersten Vicepräsidenten geschritten. Abg. Reitter (nat.-lib.) zur Geschäftsordnung: Meine Herren! Ich bitte zum ersten Vicepräsidenten wieder den bisherigen Inhaber dieses Amtes, den Abg. Opitz zu wählen...

Abg. Vogel (nat.-lib.): Die vorhin abgegebene Erklärung des Abg. Schulze entspricht unserer Forderung, die wir vor zwei Jahren gestellt haben...

Abg. Günther (Freis. Vp.): Die vorhin abgegebene Erklärung des Abg. Schulze entspricht unserer Forderung, die wir vor zwei Jahren gestellt haben, deshalb haben wir beschloffen, für den Abg. Frähdorf zu stimmen.

Abg. Reitter (nat.-lib.): Meine politischen Freunde können an ihrer Haltung nichts ändern, die Erklärung des Abg. Schulze genügt uns nicht. Wir bitten, den Abg. Wör zu wählen!

Abg. Schulze (Soz.): Ich ersuche nochmals, den Abg. Frähdorf zu wählen. Hierauf wird zur Wahl geschritten. Wieder werden insgesamt 89 Stimmen, darunter 28 weiße abgegeben.

Abg. Frähdorf (Soz.) erklärt, die Wahl anzunehmen, und stimmt darauf rechts neben dem Präsidenten Platz. (Große Heiterkeit im ganzen Hause.)

Wahl des 2. Vicepräsidenten wird vom Abg. Trabaus (Freis. Vp.) der bisherige 2. Vicepräsident Wör (Freis. Vp.) in Vorschlag gebracht. Insgesamt werden 87 Stimmzettel abgegeben...

Abg. Günther (Freis. Vp.) bringt die Abgg. Anders (nat.-lib.) und Fleischer (Soz.) in Vorschlag. Es werden 87 gültige bzw. 88 teilweise gültige Stimmzettel abgegeben. Die absolute Mehrheit beträgt danach 45 Stimmen.

Wahl der beiden Sekreäre. Abg. Günther (Freis. Vp.) bringt die Abgg. Anders (nat.-lib.) und Fleischer (Soz.) in Vorschlag. Es werden 87 gültige bzw. 88 teilweise gültige Stimmzettel abgegeben.

Abg. Dr. Schanz (konf.) 8 Stimmen. Da keiner von diesen beiden die absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigt hat, macht sich ein zweiter Wahlgang nötig.

Abg. Reitter (nat.-lib.) beantragt, angesichts der ganzen Situation den Abg. Hartmann per Akklamation zu wählen.

Die Kammer ist damit einverstanden. Abg. Hartmann (nat.-lib.) wird darauf einstimmig gewählt.

Schluß 1 1/4 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag, vormittags 11 1/2 Uhr. Tagesordnung: Berichtigung der neu- bzw. wieder-gewählten Abgeordneten und Konstituierung der Kammer.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Sitzung vom 8. November. Eingegangen ist eine Eingabe von städtischen Beamten und Technikern sowie vom Verein sächsischer Polizeibeamten, die sich mit der Ratavorlage über die Bewährung einer Teuerungszulage befassen...

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurden zunächst einige Resolutionen des Generaldirektors Heinrich Friedrich Brück, des Kaufmanns Kaspar August Heinrich Müller und des Schirmfabrikanten Georg Adolf Strieder gegen ihre Bestimmung als Wahlgeschloss für die Wahl des katholischen Schulausschusses erledigt...

Die Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstatte der akademisch gebildeten Lehrer an den höheren Schulen vom 1. Januar 1912 ab...

In der Sitzung vom 14. Dezember 1910 hatte sich das Kollegium mit einer Eingabe der Hebammen beschäftigt und beschlossen, 1. den Antrag der Hebamme auf Ermittlung des notwendigsten Unterhaltes der in Leipzig angestellten Hebammen dem Rate zur Erwägung zu geben...

Stadts. Reinhardt (Mittelfr.) trat in längerem Ausführungen für die Sicherstellung der Hebammen ein. Hierauf wurden die Anträge 1 und 2 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Antrag 2 einstimmig angenommen.

Genehmigt wurden ferner: Das Ortsgesetz über die Bewahrung von Leipzig-Langer und Grottendorf-Nordwest, die Einlegung der Wasserleitung in den Lanchauer Weg...

Stadts. Reinhardt (Mittelfr.) trat in längerem Ausführungen für die Sicherstellung der Hebammen ein. Hierauf wurden die Anträge 1 und 2 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Antrag 2 einstimmig angenommen.

Genehmigt wurden ferner: Das Ortsgesetz über die Bewahrung von Leipzig-Langer und Grottendorf-Nordwest, die Einlegung der Wasserleitung in den Lanchauer Weg von der Meer- bis zur Delitzscher Straße unter Bewilligung der Kosten von 80 000 Mk., die Aufstellung eines Standfeuermelders auf dem Platze an der Kreuzung Entzischer, Delitzscher, Springer- und Kneißer Gäßchen...

Stadts. Reinhardt (Mittelfr.) trat in längerem Ausführungen für die Sicherstellung der Hebammen ein. Hierauf wurden die Anträge 1 und 2 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Antrag 2 einstimmig angenommen.

Genehmigt wurden ferner: Das Ortsgesetz über die Bewahrung von Leipzig-Langer und Grottendorf-Nordwest, die Einlegung der Wasserleitung in den Lanchauer Weg von der Meer- bis zur Delitzscher Straße unter Bewilligung der Kosten von 80 000 Mk., die Aufstellung eines Standfeuermelders auf dem Platze an der Kreuzung Entzischer, Delitzscher, Springer- und Kneißer Gäßchen...

Stadts. Reinhardt (Mittelfr.) trat in längerem Ausführungen für die Sicherstellung der Hebammen ein. Hierauf wurden die Anträge 1 und 2 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Antrag 2 einstimmig angenommen.

Advertisement for 'Serien-Tage' by W. G. Gebrüder. The ad features large stylized text for 'Serien-Tage' and 'Einheitspreise 0.95 1.95 2.95'. It includes two circular logos with the letters 'W G' and the word 'Gebrüder' below them. The central text reads: 'Zu diesen drei Preisen haben wir in allen Abteilungen ausserordentlich preiswerte Warenposten zusammengestellt und bieten hierdurch, auch im Hinblick auf das nahende Weihnachtsfest, besonders günstige Kauf Gelegenheit'.



Kaufhalle Plagwitz

Ecke Fröbelstrasse u. Zschochersche Str. 31



Beginn: Freitag, 10. November 1911

Wäsche

- 1 Damenhemd aus gut. Hemdentuch Schulter- u. Vorderschluss mit Langnetze 95
- 1 Damen-Hemd a. gut. Körperbarchent 95
- 1 Kniebeinkleid mit Stickerei 95
- 1 Nachtjacke aus gut. Körperbarchent 95
- 1 Untertaile mit Stickerei-Garnitur 95
- 2 weisse Untertailen 95
- 1 buntes Herrenhemd, g. Barchent 95

Extra-Angebot in Gardinen.

- Gardinen, weiss und crème 4 Meter 95
- Gardinen, weiss und crème 8 Meter 95
- Gardinen, weiss und crème 2 Meter 95
- 1 Garnitur Portièren, bestehend aus 2 Schals und 1 Lambrequin 95
- 1 Tuchtischdecke, 120x120, rot und grün, mit Borte und Kurbelstickerei 95
- 1 Kommodendecke u. 1 Nähtischdecke, rot und oliv zusammen 95
- 3 Meter Tuchkante 95
- 4 Meter Tuchkante 95

Kinderschürzen

- 1 Kinderreformschürze, bunt, alle Grössen 95
- 1 Kinderreformschürze, türkisch. Muster 95
- 1 Kinderreformschürze, weiss Batist 95
- 1 Kimonoschürze 95
- 2 Knabenschürzen, 45-60 cm 95
- 1 Knabenschürze (Uniformschürze) 95
- 2 Mädchenschürzen, 45-55 cm 95
- 1 Mädchenschürze, 45-70 cm 95

Schürzen

- 1 Damenreformschürze 95
- 1 Damenblusenschürze 95
- 1 Teeschürze, Satin, türk. Dessin 95
- 1 Teeschürze, weiss, m. Stick-Volant 95
- 2 Tändelschürzen, weiss und bunt 95
- 3 Tändelschürzen, bunt Satin 95
- 1 Wirtschaftsschürze, extra weit 95
- 1 Tändelschürze, schwarz Satin 95
- 1 Zierschürze, Satin 95

Von auffallender Preiswürdigkeit sind:
8 Posten aparte

Satin-Blusen- u. Kleiderschürzen

aus besten Stoffen und Dessins
Serie I II III
1.95 2.95 3.95

Vorgezeichnete

Handarbeiten

- 1 eleg. Läufer od. Milleux, fert. gest. 95
- 1 Waschtischgarnitur 95
- 1 Marktkorbdecke 40 60
- 1 Paradehandtuch 95
- 1 Bettwandschoner 95
- 1 Kissenbezug 85 75
- 1 Tablettdeckchen m. Hohlsaum 45 30
- 5 Tablettdeckchen 95
- 1 Topflappentasche 85 45
- 1 Topflappen 12 8
- 1 Frühstückbeutel 55 45
- 1 Wasserleitungsschoner 85

Bunte Wäsche

- für Frauen, Männer und Kinder.
- 1 Frauenhemd 95
- 1 Männer-Barchenthemd 95
- Bunte gestr. Barchentosen 95
- Knabenhemden 95

Taschentücher

- 8 Stück gebrauchsfert. Taschentücher 95
- 8 Stück Seidenbatist-Taschentücher 95
- 6 Stück Madeira-Imitation mit handgestickter Ecke 95
- 5 Stück Taschentücher m. Monogr. 95

Diverse Artikel

- 1 moderne Handtasche 95
- 1 Plaid (Umschlagetuch) 95
- 1 Seidengummi-Gürtel 95
- 1 Samtgummi-Gürtel 95
- 2 Gürtel (bunt oder schwarz) 95
- 1 Haar-Garnitur (Steil.) 95
- 1 Paar Hosenträger 95
- 1 Sofaschoner, 70 250 1.95
- 1 Sofadecke, 70/150 1.95
- 1 Schlosser-Jacke, gute Qualität 1.95
- 1 Kragenschoner 95
- 1 Tuchtischdecke, rot u. grün, reich bekurzelt 95
- 1 Kommoden- u. Nähtischdecke zusammen 95
- 1 buntes Bettuch 95
- 1 Samttasche 95
- 1 Spiralfederkorsett 95

Trikotagen

- 1 Normalunterhose für Herren 95
- 1 Wolljacke 95
- 1 Unterjacke für Damen 95
- 1 Trikottaille für Damen 95
- 1 Weste für Damen 95
- 1 Kinder-Normalanzug 95
- 1 Herrenjacke mit Aermel 95
- 1 Normalhemd für Herren 1.95
- 1 Sweater 95

Mützen

- 2 Herren-Sportmützen, engl. 95
- 1 eleg. Herren-Jachtklubmütze 95
- 2 Knaben-Sportmützen 95
- 1 Matovsen-Mütze mit Schriftband gute Ware 95

Strümpfe

- 1a schwere Qualität, reine Wolle für Damen 95

Konfektion

- Velour-Kimono-Blusen 95

Einfach staunend!

- Grossen Posten Blusen aus Halbflanell, Velour, Wolle und Tüll, grösstenteils mit Tülleinsatz. Nur neueste Kimono-Fassons. 1.95 2.95 3.95 4.95
- 8 Posten Tüll- u. Spachtelblusen auf Seide, regulär 11 M 4.95 5.95 6.95
- 1 Posten Kostüm-Röcke neueste Verarbeitung, engl. Stoffe und blau 2.95 3.95 5.95
- 1 Posten Unter-Röcke aus Halbtuch und Lüster 1.95 2.95

Ausstellung dieser Artikel in meinen 3 Schaufenstern zur gefälligen Besichtigung.

Während der 95-Pfg.-Tage Ausnahme-Angebote in fertiger Damen-Wäsche speziell in Kombination.

Zahnziehen schmerzlos
à 1 Mk.
Wenn nicht nach Wunsch schmerzlos, dann kostenlos.
Patent-Reformgebiss
welches in Leipzig nur in meiner Praxis angefertigt werden darf.

Zähne
1.00 Mk.
und
1.80 Mk.

D.R.P.
Nr. 200603.

Zähne
1.00 Mk.
und
1.80 Mk.

ohne Platte
10 Jahre reelle, schriftliche Garantie für Haltbarkeit!

Reparaturen von 1 Mk. an.
Fast gzl. schmerzloses Plombieren mittelst neuestem Apparat zum schmerzlosen Ausbohren der Zähne
1 Mk., 2 Mk., 3 Mk.

Umarbeitung nicht passender Gebisse
1 Mk. u. 1.50 Mk.

Zahn-Praxis
7812*

Reform

Inh.: G. Mewald.

Dorotheen-Platz 5, I.

Nahrungsmittel

1. Ranges

sind die als Butter-Ersatzmittel unübertroffenen Van den Bergh'schen Margarine-Marken

Cleverstolz und Vitello

Stets frisch zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Verein Leipziger Fischhändler

empfiehlt zu äussersten Tagespreisen

Seefische

Lebende Fische

Räucher-Waren

Marinaden

Die Verkaufsstellen unserer Mitglieder sind durch Vereinschilder erkenntlich. [22062] Der Vorstand.

Eilenburg

Schnellbesohl-Anstalt Inhaber: F. Neubert liefert saubere, haltbare und billige Arbeit.
Zigarren und Zigaretten empf. G. Hante. Gute Quelle Kraft, Mittags- und Abends-Biere.
Josef Fitzek Beste und streng reelle Bezugsquelle für sämtliche Herren-, Jünglings- und Torgauer Str. 47. = Kinder-Bekleidung. = Hüte, Mützen, Filz- und Pelzwaren empfiehlt **Gustav Friedrich**, Leipziger Str. 3.
Wirtschaftsgegenstände u. Pförtler-spiegel kauft man billigst im **Kaulhaus Heilpern**.
Gewerkschaftshaus Tivoli Angenehmer Aufenthaltsort. Jeden Sonntag Ballmusik.
Besuchen Sie bitte: **Die weisse Wand**.
Burger Schuhwaren = Handlungsgärtnerei = Torgauer Strasse 37. Gut und billig. v. A. Görlich, Weinbergstr. 20.
Empfehle meine Grünwaren. Billige Preise. Th. Heinrichs.
Stroh Hüte, Mützen und Sommer-Pantoffeln empfiehlt **Fr. Rössner**, Breite Straße 1.
Eilenburger Stadtbrauerei empfiehlt ihre ff. Biere.
Gasthof Muldenthal. Beliebtes Aufenthalts-Lokal. Jeden Sonntag: Ballmusik.
J. Meyerstein, Herren- und Knaben-Kleidung. Lieferant für den Konsum-Verein. Vorinhalte Bezugsquelle für jeden Arbeiter. Torgauer Str. 37.
Filliale der Volkszeitung Steinstr. 1 :: Abholstelle. Abonnementspreis bei Abholung 70 Pfg.

Elfenbein-seife

Nur echt mit dem „Elefant“.
Unentbehrlich für jeden Haushalt. Fast überall zu haben.
Fabrikanten: **Günther & Haussner, Chemnitz.**

Uhren und Goldwaren
1 Uhr glas 10
1 Uhr zeiger 10
1 Uhr kapsel 20
1 Uhr feder 75

Auf Uhren 10% Rabatt
Werkstatt für Reparaturen
Edgar Illguth
Uhrmacher, Reitzenhainer Str. 21.
= Grüne = mit Bildern 30
Volksbuchhdlg.
Taubner Strasse 19, 21.

